ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft noch nicht immun gegen COVID 19. Ausblick erneut eingetrübt

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:
Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2021) : Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft noch nicht immun gegen COVID 19. Ausblick erneut eingetrübt, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 9, Iss. 4, pp. 98-140

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/248677

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

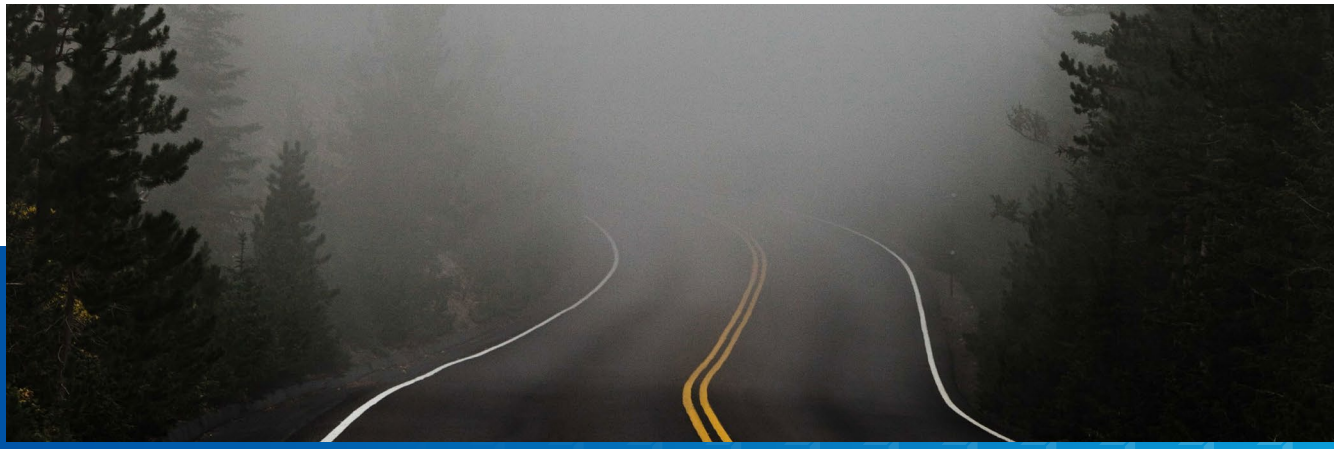
You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IWH
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle



Konjunktur aktuell

4/2021
14. Dezember 2021, 9. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH S. 99

Deutsche Wirtschaft noch nicht immun gegen COVID-19 – Ausblick erneut eingetrübt

Ende 2021 belastet eine neue Infektionswelle die wirtschaftliche Aktivität in Europa. Die Stimmung im Dienstleistungsbereich ist im Herbst weltweit gestiegen, doch das Verarbeitende Gewerbe leidet weiter überall unter Knappheiten. Im Sommerhalbjahr 2022 gewinnt die Weltkonjunktur wieder etwas an Schwung, aber der ungewisse Fortgang der Pandemie bleibt ein Risiko. Pandemiewelle und Lieferengpässe lassen auch die deutsche Wirtschaft im Winter stagnieren. Der private Konsum wird ab Frühjahr deutlich zulegen, und die Konjunktur wird wieder kräftig in Schwung kommen. Das BIP wird 2022 um 3,5% zunehmen, nach 2,7% im Jahr 2021. Die Inflation dürfte nur langsam zurückgehen.

Inhaltsverzeichnis

99 Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft noch nicht immun gegen COVID-19 – Ausblick erneut eingetrübt
Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft noch nicht immun gegen COVID-19 – Ausblick erneut eingetrübt

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Zum Ende des Jahres 2021 belastet eine neue Infektionswelle die wirtschaftliche Aktivität in Europa. Zudem hat das Auftauchen der neuen Omikron-Virusvariante die konjunkturellen Aussichten eingetrübt. In den meisten anderen Weltregionen ist die Zahl der Todesfälle seit dem Sommer rückläufig, und entsprechend ist im Herbst die Stimmung im Dienstleistungsbereich global sogar gestiegen. Das Verarbeitende Gewerbe leidet allerdings weiter überall unter Knappheiten bei der Güterproduktion und hohen Rohstoffpreisen. Die hohen Inflationsraten werden die US-Zentralbank, vorerst aber nicht die EZB zu einer deutlichen Straffung der Geldpolitik veranlassen, auch weil sich in den USA anders als im Euroraum der Lohnauftrieb stark beschleunigt hat. Im Sommerhalbjahr 2022 dürfte die Weltkonjunktur im Zuge rückläufiger Lieferengpässe etwas an Schwung gewinnen. Jedoch ist nach wie vor der ungewisse Fortgang der Pandemie ein großes Risiko für die Weltwirtschaft im Jahr 2022.

Während des Corona-Zwischentiefs im Sommer ließ die Erholung der privaten Konsumnachfrage die Produktion in Deutschland kräftig expandieren. Die gegenwärtige Pandemiewelle führt im Winter zu einem Rückschlag für das Gastgewerbe und in geringerem Maße auch für den Einzelhandel. Weil aber die Eindämmungsmaßnahmen vonseiten der Politik vermutlich nicht das Ausmaß des Lockdowns vom vorigen Winter erreichen werden, dürfte der Dämpfer für die Konjunktur geringer ausfallen als vor einem Jahr. Auch deutet sich für das Schlussquartal 2021 ein Ende des Produktionsrückgangs im Verarbeitende Gewerbe an. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2021 um 2,7% steigen. Ab dem Frühjahr dürften die Infektionszahlen jahreszeitlich bedingt weiter zurückgehen und der private Konsum wird wieder deutlich expandieren. Die Produktion dürfte im Jahr 2022 um 3,5% zulegen. Die Verbraucherpreisinflation ebbt nach dem Jahreswechsel etwas ab, bleibt aber deutlich höher als vor der Pandemie, weil die Unternehmen im Produzierenden Gewerbe weiter Preissetzungsspielräume haben und die Lohndynamik anziehen wird, auch wegen der geplanten deutlichen Erhöhungen des Mindestlohns.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2021 bis 2023

	2020	2021	2022	2023
	Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %			
Deutschland	–4,6	2,7	3,5	1,8
darunter: Ostdeutschland[1]	–3,8	2,1	2,7	1,5
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Arbeitsvolumen	–4,9	2,1	2,5	0,8
Tariflöhne je Stunde	2,2	1,3	2,6	2,2
Effektivlöhne je Stunde	3,3	1,5	2,0	2,4
Lohnstückkosten[2]	3,4	0,9	0,7	1,5
Verbraucherpreisindex	0,5	3,1	3,1	2,5
	in 1 000 Personen			
Erwerbstätige (Inland)	44 898	44 864	45 115	45 335
Arbeitslose[3]	2 695	2 623	2 435	2 369
	in %			
Arbeitslosenquote[4]	5,9	5,7	5,3	5,1
darunter: Ostdeutschland[1]	7,3	7,1	6,7	6,5
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Finanzierungssaldo des Staates	–4,3	–4,1	–2,4	–0,6
Leistungsbilanzsaldo	7,0	6,5	5,7	6,3

[1] Ostdeutschland einschließlich Berlin. – [2] Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – [3] Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – [4] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

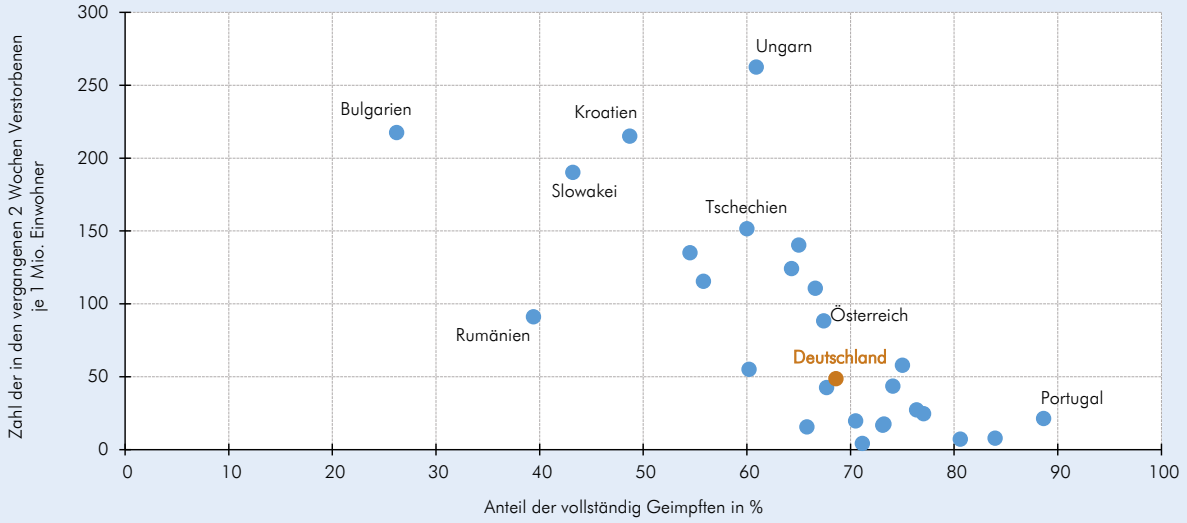
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2021: Prognose des IWH (Stand: 13.12.2021).

* Brautzsch, Hans-Ulrich; Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Zeddies, Götz.

Weltkonjunktur hängt weiter am Pandemiegeschehen

Zum Ende des Jahres 2021 wird die Weltwirtschaft wieder in den Bann der Corona-Pandemie gezogen: Das Auftauchen der neuen Omikron-Virusvariante hat Ende November die konjunkturellen Aussichten eingetrübt, Aktienkurse und Energiepreise gingen abrupt zurück. Zugleich belastet in Europa eine neue Infektionswelle die wirtschaftliche Aktivität vor allem im Bereich der personengebundenen Dienstleistungen. Überall in Europa steigen die Infektionszahlen derzeit an, oder sie sind auf sehr hohem Niveau. Dabei ist in Ländern mit höherer Impfquote die Corona-Sterblichkeit deutlich niedriger (vgl. Abbildung 1). In den meisten anderen Weltregionen ist die Zahl der Todesfälle seit dem Sommer rückläufig, und entsprechend ist im Herbst die Stimmung im Dienstleistungsbereich global sogar gestiegen. Das Verarbeitende Gewerbe leidet allerdings weiter überall unter deutlich höheren Preisen für Vorleistungsgüter und unter Lieferproblemen.

Abbildung 1
Letalität und Impfquote in den EU-Mitgliedsstaaten
Anfang Dezember 2021

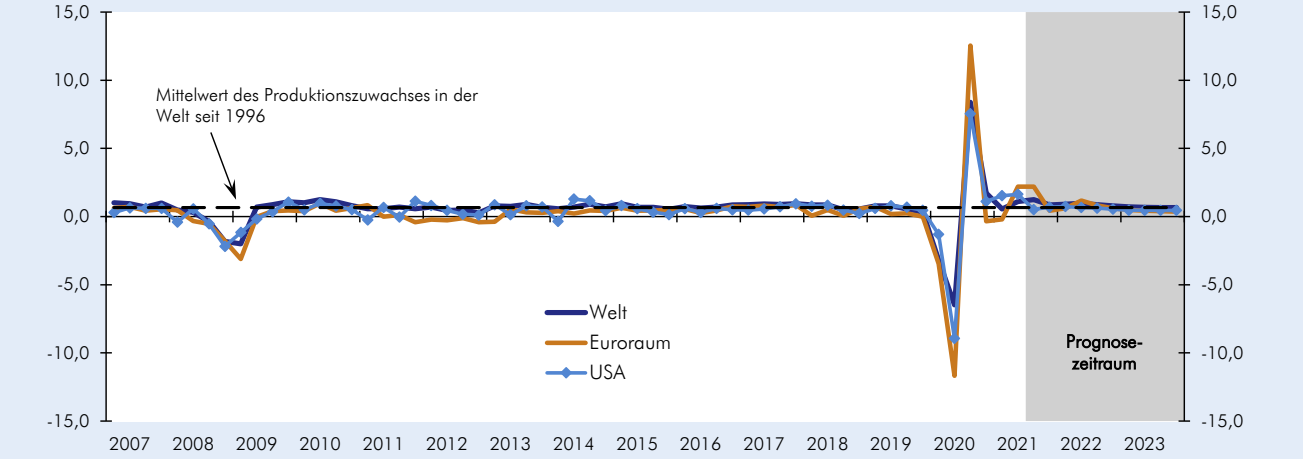


Quelle: Our World in Data.

Im dritten Quartal war die konjunkturelle Dynamik regional noch ganz anders verteilt (vgl. Abbildung 2): die Produktion legte in der Europäischen Union (um 2,1%) und in Großbritannien (um 1,3%) besonders stark zu, im Wesentlichen aufgrund einer kräftigen Ausweitung des privaten Konsums, von der vor allem Handel, Verkehr und Gastgewerbe profitierten. In den anderen großen Wirtschaftsregionen fiel die Expansion deutlich geringer aus, in den USA betrug sie etwa 0,5%. Dort waren Lieferprobleme im Konsumgüterbereich und das Auslaufen staatlicher Einkommenshilfen der Grund dafür, dass die privaten Haushalte ihre Ausgaben vorsichtiger ausweiteten. Deutlich verschlechterte sich die Konjunktur in Ostasien. In einigen Ländern der ASEAN-Gruppe wie Indonesien und Thailand und auch in Japan ließen Pandemie-Ausbrüche die Produktion sinken, in China legte sie nur um 0,2% zu. Dort ist die Dynamik schon das ganze Jahr 2021 über schwach. Ein Grund für die sich abzeichnende deutliche Verlangsamung des Wachstumstrends in China liegt wohl in neuen strategischen Zielen der Wirtschaftspolitik: Zum einen soll die Energieproduktion mittels klimaschädlicher Kohle eingedämmt werden. Dafür sind Zielvorgaben eingeführt worden, die manche Provinzen zur Rationierung des Energieverbrauchs zwangen. Zum anderen schränkt die Politik die Handlungsspielräume von großen Unternehmen in wichtigen Teilen der Wirtschaft ein. Im Digitalsektor geht es um den Abbau von marktbeherrschenden Stellungen (etwa im Fall von Alibaba), im Immobiliensektor sollen spekulative Übertreibungen und ein weiteres Ansteigen der Schuldenquoten verhindert werden (Evergrande). Aber auch die rigorose Null-Covid-Strategie belastet die Konjunktur, wenngleich das Ziel der Eindämmung der Pandemie bisher erreicht wurde. Immer wieder wird Regionen, in denen es zu Ausbrüchen kommt, der Stillstand des öffentlichen Le-

bens auferlegt, und große Produktionsstätten werden geschlossen. Auch dürfte die drastische Reduktion von Flugverbindungen mit dem Ausland (auf in diesem Winter 2,2% des Niveaus von vor der Pandemie)[1] die außenwirtschaftlichen Beziehungen Chinas beeinträchtigen.

Abbildung 2
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums
Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2021 bis 2023: Schätzung und Prognose des IWH.

Darunter leiden auch die Handelspartner Chinas. Allgemein gilt, dass die Wirtschaft nicht nur dort belastet wird, wo gerade eine Welle rollt. Vielmehr ist die Pandemie letztlich die Ursache der Knappheiten bei Vorleistungsgütern und bei Dienstleistungen zu deren Transport. An diesen Bremsfaktoren liegt es vor allem, dass Welthandel und Welt-Industrieproduktion im Herbst 2021 nicht höher gewesen sind als zu Jahresanfang. Gründe für die Knappheiten sind auf der einen Seite die Transport- und Produktionsausfälle bei akuten Ausbrüchen vor allem in Ostasien und auf der anderen Seite die pandemiebedingte Verlagerung der Konsumnachfrage in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften von Dienstleistungen hin zu Produkten des Verarbeitenden Gewerbes (vgl. Abbildung 3). Letztlich ist die gemessen an der Schwere der Krise robuste Konsumnachfrage durch staatliche Maßnahmen zur Stützung der Einkommen von privaten Haushalten ermöglicht worden, und auch durch die Bereitschaft von Finanzmärkten und Zentralbanken, die staatlichen Programme zu finanzieren.

Die verschärften Knappheiten bei der Güterproduktion schlagen sich rasch in Preiserhöhungen nieder, wenn Angebot und Nachfrage auf Märkten mit einer hohen Zahl von Anbietern und Nachfragern organisiert sind. Das ist der Fall an den Börsen für Rohstoffe und auch im Transportgewerbe. Nach wie vor überausgelastet sind die Kapazitäten für den Transport von Waren zwischen den Produktionszentren in Ostasien und den großen Absatzmärkten in Nordamerika und Europa. Zwar sind die Frachtraten in Richtung USA seit Oktober gesunken, sie sind aber Anfang Dezember immer noch um ein Vielfaches höher als vor Pandemieausbruch Anfang 2020. Die Preise für Industriemetalle und für Erdöl sind bis zum Sommer stark gestiegen, seitdem, wohl auch wegen der stagnierenden Industrieproduktion, gibt es keinen einheitlichen Trend (vgl. Abbildung 4). Zuletzt sind die Erdölpreise mit Bekanntwerden der Omikron-Virusvariante gefallen, für das Barrel Brent von über 80 Dollar auf etwa 75 US-Dollar. Ein Sonderfall ist der dramatische Anstieg der Großhandelspreise für Erdgas in Europa seit dem Spätsommer, mit einer Preisspitze Anfang Oktober. Die Lager scheinen hier so wenig gefüllt, dass im Fall eines strengen Winters Versorgungsprobleme drohen. Erdgas ist gegenwärtig an der europäischen Energiebörse EEX mehr als sechsmal so teuer wie vor Jahresfrist, und der Preis dürfte erst im Frühjahr deutlich zurückgehen.[2]

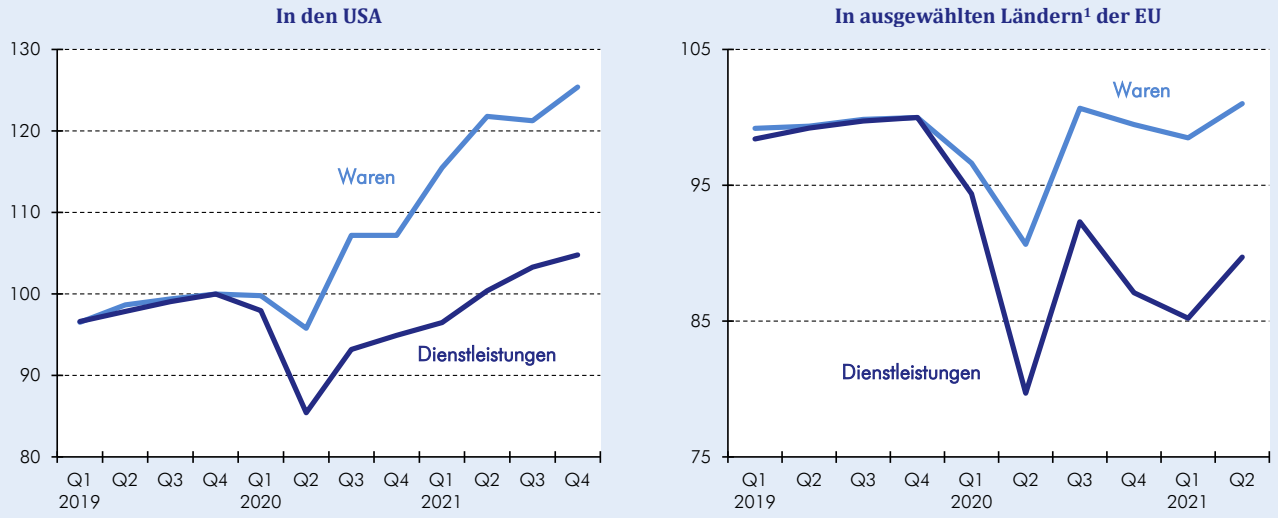
1 Vgl. dazu https://www.reuters.com/business/aerospace-defense/airlines-cut-intl-passenger-flights-china-new-season-2021-10-29/.

2 Vgl. dazu *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*: Krise wird allmählich überwunden – Handeln an geringerem Wachstum ausrichten, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2021. Halle (Saale) 2021, 24–25.

Abbildung 3

Konsumausgaben der privaten Haushalte für Waren und Dienstleistungen

In laufenden Preisen; 4. Quartal 2019 = 100



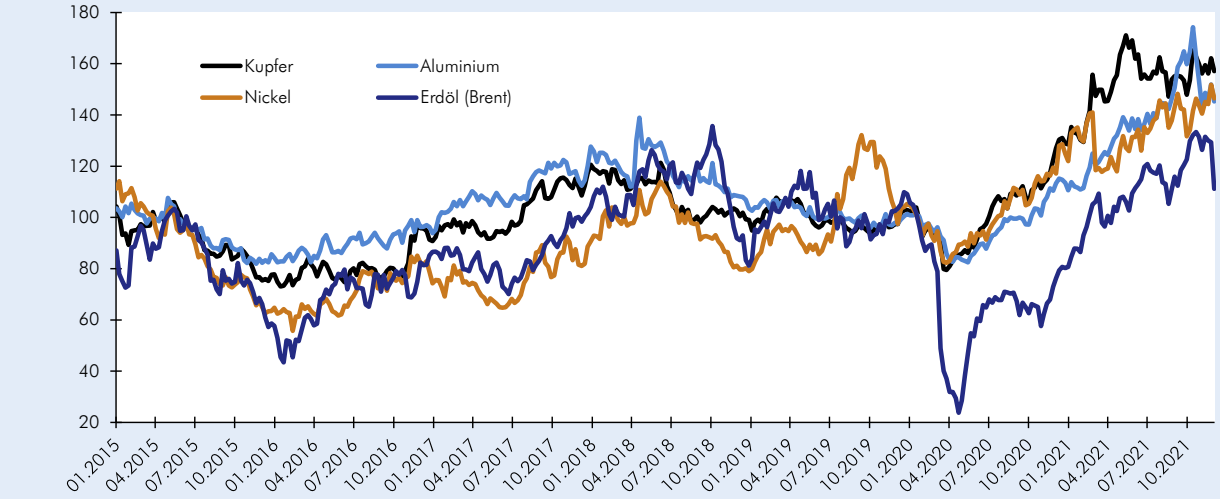
[1] Summe der Länder Deutschland, Frankreich, Italien und Niederlande.
Quellen: Bureau of Economic Analysis; Eurostat.

Wo Preise trotz zunehmender Knappheit nicht steigen, kommt es zu Lieferengpässen. Das ist insbesondere dort der Fall, wo Angebot und Nachfrage nicht an anonymen Märkten, sondern über langfristige Verträge oder gewachsene Geschäftsbeziehungen zueinander finden, etwa wenn es um die Lieferung kundenspezifischer Güter geht. Laut einer regelmäßig von der Europäischen Kommission durchgeführten Umfrage ist der Anteil der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, die für sich Produktionshindernisse in unzureichender technischer Ausstattung oder in unzureichenden Vorleistungsgütern sehen, im Herbst für den Euroraum auf 53% gestiegen, in Deutschland gar auf 86%. Dabei mögen Unternehmen auch dann von Lieferengpässen sprechen, wenn sie stark gestiegene Marktpreise für vorübergehend halten und deshalb erst einmal nicht akzeptieren. Wird hingegen angenommen, dass sich die Situation lange nicht entspannen wird, kann eine Ausweitung der Nachfrage zum Zweck des Vorsichtshortens die Lieferprobleme noch vergrößern.

Abbildung 4

Preise für Industriemetalle und Erdöl

Januar 2020 = 100

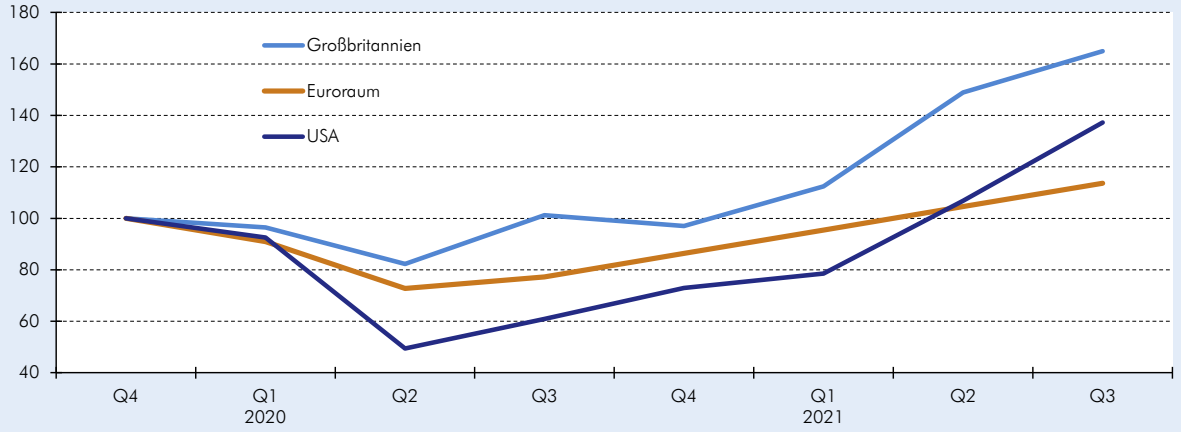


Quellen: London Metal Exchange; Refinitiv Datastream.

Bei den Preisen, die private Haushalte zahlen, schlagen die Knappheiten von Vorleistungsgütern durch, wenn die gestiegenen Produktionskosten auf die Verbraucher übergewälzt werden, aber auch, wenn ein durch Lieferengpässe restringiertes Angebot den Unternehmen Preiserhöhungsspielräume eröffnet. Die Verbraucherpreise sind im Lauf des Jahres 2021 in vielen Ländern stark gestiegen, in den USA zuletzt (Oktober) im Vorjahresvergleich um 6,2% und im Euroraum um 4,9% (November). Allerdings haben die Inflationsraten in wichtigen Volkswirtschaften Ostasiens deutlich langsamer angezogen, in Südkorea auf 3,7%, in China auf 2,3%, und in Japan sind die Preise im Herbst nicht höher als vor einem Jahr. In Ostasien wirkt sich wohl günstig aus, dass ein großer Teil der knappen Vorleistungsgüter in der Region selbst produziert wird. So hatten Autoproduzenten in Korea und China wohl Vorrang bei der Belieferung mit den dort produzierten Halbleitern.[3] Auch fällt der Transportkostenanstieg weniger ins Gewicht. Schließlich waren die strukturellen wirtschaftlichen Verwerfungen, etwa durch Geschäftsaufgaben und die Auflösung von Arbeitsverträgen, in Ostasien geringer, weil die Pandemie deutlich erfolgreicher als im Westen bekämpft wurde.

Für den Winter sehen die Unternehmen weltweit noch kaum eine Entspannung ihrer Lieferprobleme. Kapazitätserweiterungen und auch eine preisbedingt moderatere Nachfrage dürften aber im Lauf des Jahres die Produktions- und Transportengpässe schwinden lassen. Zudem dürfte sich im Jahr 2022 der starke Energiepreisanstieg des Vorjahres nicht wiederholen, auch weil zu erwarten ist, dass sich die in diesem Jahr (freilich noch recht zögerliche) Ausweitung der Förderung in den USA wegen des attraktiven Preises fortsetzen wird. Unter diesen Voraussetzungen werden die Inflationsraten im Laufe des Jahres 2022 fallen; wie weit, hängt wesentlich davon ab, wie stark die vom diesjährigen Preisschock angestoßene Preis-Lohn-Spirale ausfallen wird. Eine deutliche Beschleunigung des Lohnauftriebs lässt sich für die USA und Großbritannien erkennen (auf jeweils über 4% per annum), bisher aber kaum für den Euroraum. Dabei gibt die Arbeitsmarktlage in allen drei Regionen Spielraum für höhere Lohnsteigerungen, denn die Arbeitslosenraten sinken rasch und haben in Großbritannien und im Euroraum schon wieder in etwa ihr Vorkrisenniveau erreicht. Vor allem befindet sich aber die Zahl der unbesetzten Stellen deutlich über Vorkrisenniveau (vgl. Abbildung 5). Die Lohndynamik dürfte sich deshalb im Jahr 2022 verstärken, freilich nicht so sehr, dass die vom Verbraucherpreisanstieg ausgehenden Realeinkommensverluste wettgemacht würden.

Abbildung 5
Offene Stellen
4. Quartal 2019 = 100



Quellen: ONS; Bureau of Labour Statistics; Eurostat.

Die Zentralbanken der USA und des Euroraums haben bis vor Kurzem immer wieder betont, dass die jüngsten erheblichen Preisanstiege vorübergehend seien und deshalb kein Grund für restriktive Maßnahmen darstellten; Das Federal Reserve Board (Fed) und die Europäische Zentralbank (EZB) haben ja erst jüngst ihre geldpolitische Strategie so geändert, dass sie weniger zügig reagieren müssen, wenn die Verbraucherpreisinflation ihre Zielraten überschreitet. Allerdings haben beide Notenbanken im Herbst begonnen, ihre Kaufaktivitäten am Kapitalmarkt zurückzufahren. Im kommenden Sommer dürfte die US-Notenbank im Zuge der wirtschaftlichen Normalisierung in den Vereinigten Staaten beginnen, ihren Leitzins anzuheben, am Jahresende 2022 dürfte die Obergrenze der Zielrate mit 0,75% einen

[3] Vgl. *Harding, R.*: Asia is the Global Inflation Exception, in: Financial Times, 26.11.2021.

halben Prozentpunkt über dem jetzigen Niveau liegen. Im Euroraum und auch in Japan werden die Leitzinsen bei 0 bleiben. Die Erwartung höherer Zinsen in den USA hat den Dollar seit Jahresbeginn um reichlich 8% gegenüber dem Euro und um 10% gegenüber dem Yen aufwerten lassen. Andernorts (von Korea über Russland und Mittelosteuropa bis hin zu Lateinamerika) haben viele Zentralbanken schon im Jahr 2021 mit vorsichtigen Zinserhöhungen auf die höheren Inflationsraten reagiert, die Bank von England wird dies wohl noch im Dezember tun.

Die Finanzpolitik dürfte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften auch im Jahr 2022 bemüht sein, die Konjunktur zu stützen. Zwar können Ausgaben zur Stabilisierung der Einkommen privater Haushalte weiter zurückgefahren werden, denn die Wirtschaft hat sich überall schon jetzt deutlich vom Einbruch des Jahres 2020 erholt. Der Rückgang an Transfers wird aber durch neue umfangreiche Ausgabenprogramme teilweise ausgeglichen. Einen Schwerpunkt auf Investitionen und hier speziell in den Klimaschutz legt das Next-Generation-EU-Programm der Europäischen Union, von dem allerdings zweifelhaft ist, in welchem Umfang dadurch tatsächlich zusätzliche Investitionen in den Mitgliedsstaaten angestoßen werden. Der US-Kongress hat im November mit dem *Infrastructure Investments and Jobs Act* ebenfalls ein Infrastrukturprogramm beschlossen, während das *Build Back Better*-Programm mit einem Schwerpunkt auf familienpolitischen Ausgaben möglicherweise noch in diesem Jahr verabschiedet wird. Ebenfalls im November kündigte die japanische Regierung ein umfangreiches Fiskalprogramm an, das einen Schwerpunkt auf Einkommenstransfers haben soll.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt[1] Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				Verbraucherpreise[1] Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				Arbeitslosenquote[2] in %			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Europa	28,3	–5,8	5,4	3,9	2,3	1,2	3,6	3,3	2,5				
EU 27	20,3	–6,0	5,1	4,1	2,4	0,6	2,7	2,9	2,0	7,1	7,0	6,5	6,2
Großbritannien	3,6	–9,7	6,8	4,7	2,6	0,9	3,8	2,7	2,3	4,5	4,6	4,4	4,2
Schweiz	1,0	–2,5	3,5	2,8	1,4	–0,7	0,5	1,0	0,7	4,8	5,2	4,8	4,5
Norwegen	0,5	–1,3	4,1	3,7	1,6	1,3	3,2	1,9	2,0	4,6	4,7	4,0	3,8
Russland	2,0	–3,0	4,3	2,4	1,8	3,4	6,7	4,5	4,2				
Türkei	1,0	1,8	11,0	3,7	2,8	12,3	18,0	16,0	13,0				
Amerika	34,8	–4,0	5,6	3,5	2,2								
USA	27,7	–3,4	5,6	3,5	2,1	1,2	4,6	3,6	1,9	8,1	5,4	4,0	3,9
Kanada	2,2	–5,3	4,6	4,3	2,9	0,7	3,4	3,1	2,2	9,6	7,5	6,4	6,0
Lateinamerika[3]	4,8	–6,7	6,5	2,4	2,6								
Asien	37,0	–0,8	6,0	4,8	4,7								
Japan	6,7	–4,6	1,8	2,6	1,8	0,0	–0,3	0,7	0,8	2,8	2,8	2,7	2,7
China ohne Hongkong	19,7	2,3	7,8	4,9	5,5								
Südkorea	2,2	–0,9	3,8	2,8	2,8	0,5	2,4	2,2	2,0	3,9	3,6	3,4	3,4
Indien	3,5	–7,3	7,2	9,8	7,0								
Ostasien ohne China[4]	4,8	–3,8	4,3	4,6	4,8								
Insgesamt[5]	100,0	–3,3	5,7	4,1	3,2								
fortgeschrittene Volkswirtschaften[6]	66,0	–4,6	5,0	3,7	2,3	0,8	3,2	2,9	1,9	6,5	5,6	4,9	4,7
Schwellenländer[7]	34,0	–0,9	7,0	4,9	5,0								
nachrichtlich:													
Exportgewichtet[8]	–	–4,5	5,6	4,0	2,8								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten[9]	–	–3,2	5,9	4,4	3,6								
Welthandel[10]	–	–5,3	9,4	3,0	3,0								

[1] Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar. – [2] Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2020. – [3] Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile. – [4] Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). – [5] Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar. – [6] EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur. – [7] Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika. – [8] Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2020. – [9] Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2020. – [10] Realer Güterhandel. Wert für 2020 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ab 2021: Prognose des IWH.

Ausschlaggebend für den Gang der Weltkonjunktur in den kommenden Quartalen wird sein, wie die Weltwirtschaft die Belastungen durch die Pandemie und die Angebotsengpässe bewältigt. Letztere dürften sich erst ab dem Frühjahr langsam auflösen, und in Kontinentaleuropa wird die Winterwelle der Pandemie auch konjunkturell Spuren hinterlassen. Für das Frühjahr ist mit einem starken Rückgang der Infektionen und einer kräftigen Erholung in Europa zu rechnen. In dieser Prognose wird unterstellt, dass die wirtschaftlichen Belastungen durch die Pandemie ab dem Frühjahr in der Tendenz immer weiter nachlassen.[4] Deshalb und wegen der abnehmenden Lieferengpässe dürfte die Weltkonjunktur im Sommerhalbjahr etwas an Schwung gewinnen. Regional dürfte das Wachstumsgefälle im langjährigen Vergleich eher gering ausfallen. Denn in China, für lange Jahre dem Wachstumszentrum der Weltwirtschaft, wird eine Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik politisch wohl in Kauf genommen, und für die USA zeichnet sich ab, dass der alte Wachstumspfad trotz der starken wirtschaftlichen Impulse nur allmählich wieder erreicht wird, vor allem weil in der Pandemie das Arbeitsangebot zurückgegangen ist und sich seither nur langsam erholt. Im Euroraum ist die Unterauslastung der Wirtschaft gegenwärtig noch recht groß. Für 2022 ist ein Aufholprozess zu erwarten, der die Produktion stärker zunehmen lassen dürfte als in den USA. Insgesamt steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2021 um 5,7%, um im Jahr darauf um 4,1% und im Jahr 2023 um 3,2% zuzulegen (vgl. Tabelle 1). Der Welthandel mit Gütern legt dieses Jahr um 9,4% zu, für die Jahre 2022 und 2023 wird eine Expansionsrate von jeweils 3,0% prognostiziert.

Risiken

Diese Prognose basiert auf der Annahme, dass sowohl die dämpfenden Effekte der Pandemie als auch die Lieferengpässe im kommenden Jahr an Bedeutung verlieren. Daraus ergeben sich die beiden Hauptrisiken für die Weltkonjunktur im Jahr 2022. Denn zum einen würde die weltwirtschaftliche Erholung gestoppt, wenn die Ausbreitung neuer Virusvarianten Geimpften und Genesenen ihren Impfschutz vollständig nähme. Zum anderen werden die Lieferengpässe mit zunehmender Dauer ein immer größeres Konjunkturrisiko, insbesondere wenn auf die Engpässe die auf den Märkten umgesetzten Gütermengen schneller reagieren als die Preise. Diese Möglichkeit besteht, weil die Lieferprobleme die Nachfrage der betroffenen Unternehmen nach anderen Vorleistungsgütern und auch die dort erwirtschafteten Gewinn- und Arbeitseinkommen verringern. So könnte sich aus den Störungen des Güterangebots eine Schwäche der Güternachfrage und schließlich ein konjunktureller Abschwung entwickeln.

Schließlich besteht die Möglichkeit, dass die hohen Preisanstiege eine Lohn-Preisspirale anstoßen. Sähe sich die Geldpolitik gezwungen, dem Inflationsdruck durch deutliche Zinserhöhungen zu begegnen, gäbe es eine ganze Anzahl von Risiken: Hoch verschuldete Staaten müssten eventuell um ihren Zugang zu den Finanzmärkten fürchten, Kapital könnte wegen höherer Renditen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in großem Umfang aus Entwicklungs- und Schwellenländern abgezogen werden und die zurzeit hohen Bewertungen von Aktien und Immobilien könnten abrupt sinken.

Auch in den USA bremsen Lieferengpässe den Konsum

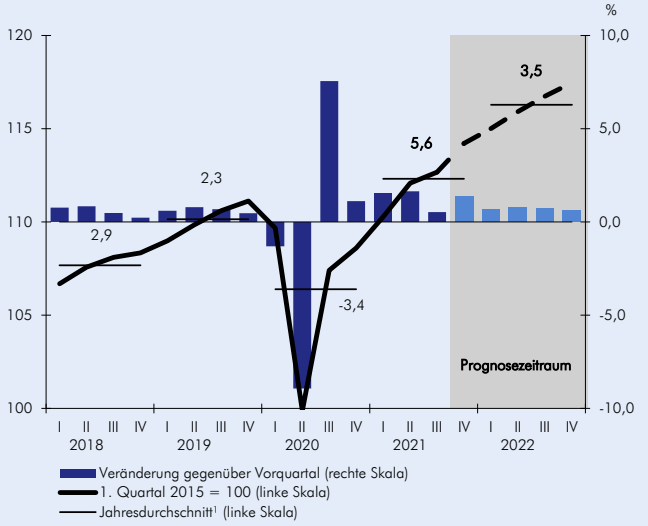
Nach einer kräftigen Erholung im ersten Halbjahr dieses Jahres hat die wirtschaftliche Expansion in den USA im dritten Quartal deutlich an Dynamik verloren. Mit einer Ausweitung von 0,5% gegenüber dem Vorquartal fiel die Expansionsrate auf den niedrigsten Wert seit dem Ende der pandemiebedingten Rezession (vgl. Abbildung 6). Insbesondere der rückläufige Warenkonsum, der von anhaltenden Schwierigkeiten in der Produktion belastet wurde, trug zu der Verlangsamung der Expansion bei. Neben anhaltenden Lieferengpässen und einem knappen Arbeitsangebot wurde die Produktion im dritten Quartal auch von den Auswirkungen des Tropensturms Ida beeinträchtigt.[5] Zudem bremsten sinkende Ausfuhren die wirtschaftliche Dynamik. Trotz einer Verschärfung des Infektionsgeschehens im dritten Quartal setzte sich die Erholung des Dienstleistungskonsums fort. Auch die Beschäftigung ist weiter gestiegen, sie liegt aber weiterhin 2,1% unter dem Vorkrisenniveau. Dabei unterscheidet sie sich deutlich über Sektoren hinweg.

---

4 Das dürfte auch angesichts neuer Virusvarianten dann der Fall sein, wenn Impfung oder überstandene Erkrankung gegen diese Varianten zwar schlechter schützen, der Schutz vor schweren Krankheitsverläufen aber hoch bleibt.

5 Vgl. *Federal Reserve Statistical Release*: Industrial Production and Capacity Utilization, November 16, 2021.

Abbildung 6
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
saisonbereinigter Verlauf



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Zum einen scheint der durch die Pandemie erhöhte Pflege- und Betreuungsbedarf von Familienangehörigen die Erholung am Arbeitsmarkt zu bremsen.[6] Zum anderen dämpft das Ansteckungsrisiko bei kontaktintensiven Dienstleistungen das Arbeitsangebot. So lag die Beschäftigung im Freizeit- und Gastgewerbe zuletzt 7,5% unter dem Vorkrisenniveau, wobei die nominalen Löhne in diesem Sektor im gleichen Zeitraum um 13,4% zulegten. Auch insgesamt zogen die Nominallöhne mit zuletzt 4,8% kräftig an, sodass sich das Risiko einer Preis-Lohnspirale im Zuge der hohen Nachfrage, der Lieferengpässe und hoher Rohstoffpreise erhöht hat. Im Oktober stieg der Verbraucherpreisindex um 6,2% im Vergleich zum Vorjahr – so stark wie zuletzt im Jahr 1990. Auch ohne die volatilen Komponenten der Energie- und Lebensmittelpreise stieg das Preisniveau um kräftige 4,6%.

Insbesondere da es zuletzt nicht erneut zu Produktionsstilllegungen für industrielle Vorleistungsgüter im Ausland gekommen ist, dürfte die Expansionsdynamik zum Jahresende an Fahrt aufnehmen. Dabei dürfte zum einen der Warenkonsum die Wirtschaft stützen. Zum anderen dürften die Investitionen aufgrund weiterhin kräftiger privater Ausgaben im Forschungs- und Entwicklungsbereich und eines Wiederaufbaus der Lagerbestände stärker zulegen. Über die Wintermonate dürfte sich das Infektionsgeschehen allerdings weiter verschärfen, sodass die Erholung im Dienstleistungskonsum wohl an Fahrt verlieren wird, was insbesondere die Expansionsdynamik im ersten Quartal 2022 dämpfen dürfte.

Da die Preissteigerungen immer breitere Produktgruppen erfassen und nun auch eine Vielzahl alternativer Inflationsstatistiken deutlich über die Zielrate der Fed hinausgehen,[7] scheint es wahrscheinlich, dass die monatlichen Anleihenkäufe weiter reduziert werden. Weiterhin deuten die Markterwartungen darauf hin, dass der Leitzins bereits im Sommer 2022 auf 0,25% angehoben und schrittweise über den Prognosezeitraum auf 1,5% ansteigen wird.

Tabelle 2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2020	2021	2022	2023
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	–3,4	5,6	3,5	2,1
privater Konsum	–3,8	8,1	3,9	1,8
Staatskonsum und -investitionen	2,5	0,7	0,7	1,0
private Bruttoanlageinvestitionen	–6,0	7,5	3,8	3,8
inländische Verwendung	–3,0	6,7	3,4	2,0
Exporte	–13,6	4,0	5,7	4,1
Importe	–8,9	13,4	5,7	4,0
Außenbeitrag[1]	–0,3	–1,1	0,3	0,1
Verbraucherpreise	1,2	4,6	3,6	1,9
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo[2]	–14,9	–10,8	–6,9	–5,7
Leistungsbilanzsaldo	–2,9	–3,4	–3,0	–2,9
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	8,1	5,4	4,0	3,9

[1] Wachstumsbeitrag. – [2] Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

Die Fiskalpolitik dürfte die wirtschaftliche Entwicklung über den Prognosezeitraum stützen. So wurden Anfang November mit dem so genannten *Infrastructure Investment and Jobs Act* unter anderem Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, das Stromnetz und den Breitbandausbau beschlossen. Da die Ausgaben in Höhe von 550 Mrd. Dollar über zehn Jahre verteilt werden, dürfte das Paket die wirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum jedoch wenig stimulieren. Ein weiteres Fiskalpaket, das bisher nur im Repräsentantenhaus verabschiedet wurde, sieht deutlich höhere Ausgabensteigerungen vor. Das sogenannte *Build Back Better*-Programm mit

6 *Montes, J.; Smith, C.; Leigh, I.:* Caregiving for Children and Parental Labor Force Participation During the Pandemic. Federal Reserve Board of Governors FEDS Notes, November 5, 2021.

7 Vgl. *The Economist:* A Handful of Items are Driving Inflation in America, November 6, 2021.

einem Volumen von 2 Billionen Dollar soll Sozialausgaben etwa für Kita-Plätze und klimapolitische Ausgaben und Mindereinnahmen wie Steuererleichterungen für erneuerbare Energien umfassen.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 um 5,6% zulegen (vgl. Tabelle 2). Es ist zu erwarten, dass die Corona-Fallzahlen im ersten Quartal 2022 begünstigt vom kalten Wetter, vermehrten Aktivitäten in Innenräumen und einer bei ca. 71% der US-Bevölkerung stagnierenden Impfquote erneut steigen werden und die Erholung des Dienstleistungskonsums sich insbesondere in kontaktintensiven Sektoren verlangsamen wird. Im weiteren Verlauf des Jahres 2022 dürfte die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere von der Erholung der Dienstleistungen und steigenden Ausstattungsinvestitionen profitieren. Im Jahr 2023 wird sich die Dynamik etwas abmildern, sodass die gesamtwirtschaftliche Produktion in den kommenden beiden Jahren um 3,5% bzw. 2,1% steigen dürfte.

Zunehmend heterogene Erholung im Euroraum

Die Wirtschaft im Euroraum hat sich im Sommerhalbjahr überraschend deutlich von ihrem pandemiebedingten Einbruch erholt. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt im zweiten und dritten Quartal 2021 mit Raten von jeweils knapp über 2% zunahm, liegt es nur noch 0,5% unter seinem Niveau vor Beginn der Pandemie. Noch vor Jahresfrist ging das IWH in seiner Prognose von einem Rückstand in Höhe von 1,6% aus.

Zwar war die konjunkturelle Dynamik zuletzt in allen großen Mitgliedsstaaten kräftig. Der Rückstand zum Produktionsniveau aus dem vierten Quartal 2019 ist allerdings sehr heterogen. Während in den Niederlanden zuletzt bereits wieder mehr Waren und Dienstleistungen produziert wurden als vor Beginn der Pandemie, liegt das Bruttoinlandsprodukt in Spanien noch etwa 6,5% unter dem damaligen Niveau.

Die jüngste Erholung ging nahezu vollständig auf die starke Ausweitung der privaten Konsumausgaben zurück, die in den vergangenen beiden Quartalen mit Raten von jeweils um die 2% expandierten. Die Produktionsrückstände sind in den Ländern am größten, in denen die Konsumausgaben am weitesten von ihren Vor-Pandemieniveaus entfernt sind.

Der Einzelhandel liegt bereits über seinem Vor-Pandemie-Trend. Die Industrieproduktion hat hingegen im Verlauf des Jahres kaum mehr als stagniert. Unternehmensumfragen zufolge wird die Aktivität der in diesem Bereich tätigen Unternehmen in erster Linie durch Materialengpässe eingeschränkt. Im Fahrzeugbau, der die mit Abstand größten Produktionseinbußen aufweist, sind diese zu einem größeren Teil mit anderen, eher strukturellen Faktoren zu erklären.

Die Inflationsrate ist zuletzt auf 4,9% gestiegen, den höchsten Wert seit Bestehen der Währungsunion. Die Teuerung geht zu einem großen Teil auf stark gestiegene Energiepreise zurück. Dabei sind regional nochmals deutliche Unterschiede zu beobachten. In Ländern, in denen Großhandelspreise für Energieträger unmittelbarer an die Endverbraucher weitergegeben werden und Ausgaben für Energie einen größeren Anteil am Warenkorb ausmachen, sind die Inflationsraten nochmals höher. Aber auch die Kernrate, die Energie- und Lebensmittelpreise ausblendet, ist zuletzt gestiegen. Sie liegt mit 2,6% im November jedoch deutlich niedriger als die Gesamtrate und ist zudem durch die Preisdynamik in Deutschland und die dortigen Sondereffekte der temporären Mehrwertsteuersenkung getrieben. In den anderen großen Mitgliedsstaaten liegt die Kerninflation hingegen deutlich niedriger (Italien 1,4%, Spanien 1,7%). Im Euroraum als Ganzes lagen im Oktober, dem letzten Monat, für den detaillierte Ergebnisse vorliegen, die Inflationsraten für die meisten Ausgabekategorien teilweise deutlich unter 2% und ließen damit bisher keinen Preisdruck auf breiter Front erkennen. Der Arbeitsmarkt präsentiert sich in einer guten Verfassung. Die Arbeitslosenquote ist im Oktober auf 7,3% gesunken und lag damit erstmals unter ihrem Wert vom Februar 2020. Die Beschäftigung lag im dritten Quartal in etwa auf dem Niveau von vor der Pandemie.

Inflationssorgen treiben Rentenmärkte um

Nachdem die Europäische Zentralbank Anfang September beschloss, das Volumen der monatlichen Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallkaufprogramms (PEPP) moderat zu reduzieren, belaufen sich diese im Schnitt auf ungefähr 70 Mrd. Euro monatlich. Seit März wurden durchschnittlich rund 80 Mrd. Euro pro Monat an Wertpapieren gekauft. Der EZB-Rat bekräftigte zudem im Oktober, dass ein Auslaufen des PEPP für März 2022 geplant sei und signalisierte eine Entscheidung diesbezüglich auf der Dezember-Sitzung.

Auch eine Entscheidung über eine neue Auflage der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte könnte bei der nächsten oder darauffolgenden Ratssitzung anstehen. Das zehnte und letzte Geschäft der dritten Serie der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO) wird im Dezember angeboten. Die TLTRO III erlauben Banken die Kreditaufnahme unter sehr günstigen Konditionen von Zinsen bis zu –1%. Beim neunten Geschäft im September fragten die Banken rund 98 Mrd. Euro nach und damit weniger als bei vorherigen Geschäften in diesem Jahr. Gleichzeitig zahlten die Banken aber auch Kredite aus vorherigen Geschäften in Höhe von 79 Mrd. Euro zurück. Darüber hinaus findet im Dezember auch das vierte und letzte Geschäft der zweiten Serie der längerfristigen Pandemie-Notfallrefinanzierungsgeschäfte (PLTROs) statt. Nachdem die Nachfrage beim zweiten Geschäft mit 0,5 Mrd. Euro gering blieb, sicherten sich die Kreditinstitute beim dritten Geschäft im September 1,3 Mrd. Euro an Liquidität zu einem Zins von –0,25%. Die Leitzinsen liegen unverändert bei 0% für den Hauptrefinanzierungssatz, bei 0,25% für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und bei –0,5% für die Einlagefazilität.

Zuletzt trieb die höhere Inflation die Renditen auf 10-jährige Staatsanleihen und Unternehmensanleihen aller Bonitäten im Euroraum jedoch wieder nach oben. Die durchschnittliche Rendite auf 10-jährige Staatsanleihen von Ländern im Euroraum betrug im Oktober 0,23% und notierte somit 41 Basispunkte höher als noch im August. Während sich die Renditedifferenz zwischen zehnjährigen Bundesanleihen und den Staatsanleihen der meisten Euroraumländer relativ unbeeindruckt zeigt, erhöhten sich seit Ende Oktober die Renditeaufschläge für griechische und italienische Staatsanleihen. Dies sind zwei Länder, deren Renditen besonders sensitiv auf ein mögliches Ende der expansiven Geldpolitik aufgrund ihres hohen Verschuldungsgrades reagieren.

Am Kreditmarkt sind die Finanzierungskonditionen für Unternehmen günstig. Die Zinsen für Unternehmenskredite bewegen sich weiter seitwärts und liegen nahe ihren historischen Tiefpunkten. Banken hielten ihre Kreditstandards im dritten Quartal erneut unverändert nachdem sie diese um die Jahreswende stark verschärft hatten. Während sich die Nachfrage der Firmen nach Krediten zwar allmählich weiter erholt, ist sie jedoch etwas schwächer als im zweiten Quartal. Das Wachstum der Unternehmenskredite nahm im September wieder leicht zu, obwohl Faktoren wie ein negativer Basiseffekt, umfangreiche Liquiditätspuffer und staatliche Unterstützung immer noch drückend wirken. Die Aufnahme von längerfristigen Krediten treibt das Wachstum der Kredite in diesem Segment, was eine höhere Investitionsneigung erkennen lässt. Während es im Vorjahresvergleich im August bei 1,5% lag, so niedrig wie seit 2016 nicht mehr, erreichte es im September 2,1%.

Die Kreditnachfrage im Haushaltssegment entwickelt sich etwas dynamischer. Sie legte im Immobilienbereich deutlich und im Konsumentensegment moderat zu. Allerdings erhöhten Banken ihre Standards für Immobilienkredite leicht. Dies ist auf eine gesunkene Risikotoleranz und die Verschärfung makroprudenzieller Instrumente in Ländern wie etwa Frankreich zurückzuführen. Die Kreditinstitute erwarten eine weitere Verschärfung im nächsten Quartal. Nichtsdestotrotz war ein Anstieg der Immobilienkredite verantwortlich für das Wachstum im Haushaltssegment, während der Zuwachs an Konsumentenkrediten schwach war. Im Vorjahresvergleich wuchs das Volumen an Haushaltskrediten im September um 4,1%, dies ist nur marginal schwächer als im Monat zuvor.

Da der Rahmen des PEPPs unter der Fortführung des aktuellen geldpolitischen Kurses wohl nicht bis März 2022 ausgeschöpft sein wird, verfügt die EZB über Spielraum, um auf eine erneute Verschlechterung der pandemischen Lage über den Winter in Europa zu reagieren. Auch nach dem Auslaufen des PEPPs ist kein abruptes Ende des monetären Stimulus zu erwarten. Die EZB hat bekräftigt, auch danach ausreichend geldpolitische Unterstützung zu leisten. Sollte sich die aktuelle Inflationsdynamik im Laufe des nächsten Jahres, wie es dieser Prognose entspricht, abschwächen, dürften die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum günstig bleiben und mit einer Zinserhöhung nicht vor 2023 gerechnet werden. Das Risiko eines früheren Ausstiegs aus der expansiven Geldpolitik besteht allerdings, falls der derzeitige Anstieg der Inflation nicht vorübergehender Natur ist.

Hohe öffentliche Defizite im Euroraum

Bei Ausbruch der Pandemie im Frühjahr 2020 hat die Europäische Kommission die allgemeine Ausweichklausel im fiskalischen Regelwerk der EU aktiviert. Die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts werden wohl erst im Jahr 2023 wieder einzuhalten sein, falls sie dann nicht schon reformiert worden sind. Bis dahin werden die öffentlichen Defizite hoch bleiben. Im Jahr 2021 fällt der staatliche Finanzierungssaldo im Euroraum mit –7,2% relativ zum

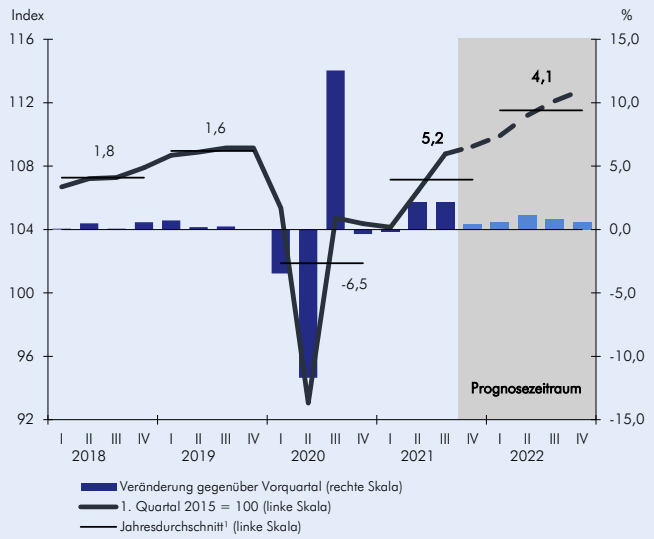
Bruttoinlandsprodukt so hoch aus wie im Jahr zuvor. Einerseits mindert die konjunkturelle Erholung das Defizit, andererseits wurden viele die Konjunktur stützende expansive Maßnahmen erst im abgelaufenen Jahr wirksam, weshalb die Finanzpolitik im Euroraum noch einmal expansiver ausgerichtet ist als zuvor. Daran hat die Aufbau- und Resilienzfazilität der EU einen großen Anteil, denn das EU-weite Finanzierungsprogramm hat das Vertrauen der Finanzmärkte in die Bonität der höher verschuldeten Mitgliedsstaaten gestärkt, weshalb insbesondere Italien in der Lage ist, seinen expansiven finanzpolitischen Kurs über die Kapitalmärkte zu finanzieren.[8] Mittlerweile sind alle Aufbau- und Resilienzpläne der Euroraumländer von der Kommission für gut befunden worden; allerdings liegt von den Niederlanden noch kein Plan vor, denn die dortige Regierung ist nur geschäftsführend im Amt. Zu kritisieren ist, dass sich in der Herbstprognose der Europäischen Kommission vom November 2021 (wie schon in der vom Frühjahr) das EU- und das euroraumweite Defizit lediglich als konsolidierte Summe der nationalen Defizite ergibt.[9] Die Schuldenaufnahme der Europäischen Union bleibt unerfasst, obwohl deren Rückzahlung letztlich von den Mitgliedsstaaten (oder von deren Bürgern in Form von EU-Abgaben) zu leisten sein wird.

Im Jahr 2022 dürfte das euroraumweite Defizit deutlich zurückgehen, weil sich zum einen die Konjunktur weiter bessert und zum anderen weniger pandemiebedingte Ausgaben anfallen. Allerdings wird dieser Rückgang angesichts der heftigen Winterwelle wohl geringer ausfallen als noch im Herbst vermutet. Die Defizitquote im Euroraum dürfte sich auf 3,8% verringern, im Jahr 2023 beträgt sie nach vorliegender Prognose 2,5%. Es ist zu erwarten, dass etliche Staaten, darunter Belgien, Italien, Spanien und Frankreich, auch dann noch Defizitquoten aufweisen werden, die deutlich über der 3-Prozent-Marke liegen.

Ausblick

Ein deutlicher Anstieg der täglichen Neuinfektionen hat im Spätherbst die Regierungen einiger Euroraumländer veranlasst, erneut Maßnahmen zur Reduzierung persönlicher Kontakte zu beschließen. So wurde Ende November in Österreich und den Niederlanden ein neuer Lockdown verhängt bzw. die Tätigkeit im Dienstleistungssektor auf wenige Stunden am Tag beschränkt. In der aktuell besonders stark betroffenen Slowakei gelten abendliche Ausgangssperren, und die Einreise zu touristischen Zwecken ist gegenwärtig untersagt. Aber auch in Ländern mit einem vergleichsweise niedrigen Infektionsgeschehen, wie z. B. Italien, treten vermehrt Regelungen in Kraft, die Teile der Bevölkerung vom Konsum bestimmter Dienstleistungen ausschließen und die wirtschaftliche Aktivität zumindest geringfügig senken dürften. Nicht zuletzt dürfte der neuerliche Anstieg der Infektionen die Menschen dazu verleitet haben, freiwillig auf solche Aktivitäten zu verzichten, bei denen die Gefahr einer Ansteckung besonders groß erscheint.

Abbildung 7
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
saisonbereinigter Verlauf



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Als Folge dieser staatlichen Einschränkungen und freiwilliger Verhaltensanpassungen ist die Mobilität im Euroraum seit Anfang September kontinuierlich gesunken und liegt in etwa auf dem Niveau von Anfang Juni. In Österreich sind die Einwohner derzeit in etwa so mobil wie im Februar. Der private Konsum dürfte in der Folge die Konjunktur zum Jahreswechsel weniger stark stützen als in den Monaten zuvor. Darüber hinaus wird

8 Nach dem Economic Outlook der OECD vom Dezember 2021 wird das gesamtstaatliche Defizit Italiens relativ zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 9,4% und im Jahr 2022 5,9% betragen.

9 Vgl. dazu *European Commission:* European Economic Forecast, November 2021, 36, Fußnote 25.

die Kaufkraft der privaten Haushalte derzeit erheblich von der hohen Inflation gesenkt. Dies gilt umso mehr für Länder, in denen Anstiege der Großhandelspreise für Energieträger unverzüglich in Preissteigerungen für die Endverbraucher resultieren, und die in der Folge umso höhere Inflationsraten aufweisen.

Die Industrie hat derweil weiterhin mit Lieferengpässen zu kämpfen, die sich nur allmählich in den kommenden Monaten auflösen. Der hohe Auftragsbestand spricht allerdings dafür, dass sich die Produktion in diesem Bereich rasch erholen dürfte, sobald die derzeitigen Knappheiten überwunden sind.

Insgesamt dürfte die Produktion im Schlussquartal 2021 etwas weniger stark expandieren als in den Quartalen zuvor (vgl. Abbildung 7). Die konjunkturelle Dynamik im weiteren Verlauf wird maßgeblich davon abhängen, wie schnell und wenig restriktiv kontaktintensive Dienstleistungen wieder angeboten werden dürfen und nachgefragt werden, wie rasch sich die Engpässe in der Industrie auflösen und wie schnell und in welchem Umfang die Verbraucher ihre zuvor gebildete Überschussersparnis abbauen. Alles in allem dürfte die Produktion im Jahr 2021 um 5,2% und in den darauffolgenden Jahren um 4,1% und 2,3% zunehmen (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2020	2021	2022	2023
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	–6,4	5,2	4,1	2,3
privater Konsum	–8,0	3,5	6,0	2,9
öffentlicher Konsum	1,3	3,8	1,7	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	–7,0	3,4	2,4	3,4
inländische Verwendung	–6,2	3,5	4,2	2,6
Exporte[1]	–9,1	9,5	4,3	3,6
Importe[1]	–9,1	7,0	4,2	4,4
Außenbeitrag[2]	–0,3	1,4	0,2	–0,2
Verbraucherpreise[3]	0,3	2,6	2,8	1,9
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo[4]	–7,2	–7,2	–3,8	–2,5
Leistungsbilanzsaldo	2,1	2,5	2,8	2,7
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote[5]	7,9	7,7	7,2	6,9

[1] Einschließlich Intrahandel. – [2] Wachstumsbeitrag. – [3] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [4] Gesamtstaatlich. – [5] Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; ILO; Berechnungen des IWH; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

Die Inflationsrate dürfte im November ihren Höhepunkt erreicht haben. In den kommenden Monaten geht sie allmählich zurück, weil Basis- und Einmaleffekte auslaufen, die im laufenden Jahr die Teuerung noch wesentlich bestimmt haben. Mit Blick auf die jüngsten Tarifabschlüsse scheint zudem die Gefahr gering, dass die aktuellen Inflationsraten zu entsprechenden Zweitrundeneffekten über höhere Löhne führen werden und sich dadurch die inflationäre Dynamik verfestigen könnte. Allerdings besteht das Risiko, dass Engpässe bei der Warenproduktion länger andauern und sich in deutlich höheren Preisen für die jeweiligen Güter widerspiegeln. Im Jahresdurchschnitt 2022 dürfte die Verbraucherpreisinflation dennoch leicht auf 2,8% zunehmen (nach 2,6% in 2021) und im Jahr darauf auf 1,9% sinken (vgl. Tabelle 4).

Die Erholung auf dem Arbeitsmarkt ist mit dem Erreichen der Vorkrisenniveaus bei Arbeitslosenquote und Beschäftigung weitestgehend abgeschlossen. Die Arbeitslosigkeit dürfte im weiteren Verlauf nur noch geringfügig zurückgehen. Nach durchschnittlich 7,7% im Jahr 2021 dürfte sie im Jahresdurchschnitt 2022 7,2% betragen und 2023 auf 6,9% sinken.

Tabelle 4

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt[1] Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				Verbraucherpreise[2] Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				Arbeitslosenquote[3] in %			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Deutschland	25,2	–5,0	2,7	3,6	2,0	0,4	3,3	3,4	2,6	3,8	3,5	3,2	3,0
Frankreich	17,2	–8,0	6,8	3,9	1,9	0,5	2,1	2,1	1,6	8,0	7,9	7,9	7,7
Italien	12,3	–9,0	6,4	4,7	2,1	–0,2	1,9	2,2	1,5	9,3	9,6	9,2	8,9
Spanien	8,4	–10,8	4,4	5,7	4,7	–0,3	2,9	3,0	1,6	15,5	14,9	13,8	13,0
Niederlande	6,0	–3,8	4,5	3,6	2,0	1,1	2,6	3,2	2,1	3,8	3,3	3,2	3,1
Belgien	3,4	–5,7	6,0	3,1	1,6	0,4	3,0	3,4	2,0	5,5	6,1	5,6	5,2
Österreich	2,8	–6,8	5,3	4,3	1,8	1,4	2,7	2,7	2,1	6,0	6,1	5,4	4,9
Irland	2,8	5,9	15,1	4,1	2,7	–0,5	2,3	3,1	1,9	5,9	6,7	5,9	5,4
Finnland	1,8	–2,9	3,5	2,3	1,3	0,4	2,0	2,0	1,6	7,7	7,7	7,2	6,9
Portugal	1,5	–8,4	4,4	5,2	1,8	–0,1	0,8	1,4	1,3	7,1	6,7	6,5	6,3
Griechenland	1,2	–8,8	9,0	3,9	2,9	–1,3	0,5	2,0	1,6	16,4	15,2	14,0	13,5
Slowakei	0,7	–4,8	3,0	3,7	4,1	2,0	2,8	3,6	2,2	6,7	6,8	6,2	5,8
Luxemburg	0,5	–1,8	6,3	2,1	2,0	0,0	3,4	2,9	2,1	6,7	6,2	5,9	5,6
Slowenien	0,4	0,0	5,0	3,6	2,9	1,1	4,2	5,3	2,9	8,5	6,8	6,3	5,9
Litauen	0,4	–4,8	7,0	4,2	3,2	–0,3	1,9	2,1	2,0	5,0	5,1	4,8	4,5
Lettland	0,2	–3,6	4,7	3,8	3,1	0,1	3,0	3,3	2,5	8,1	7,6	6,9	6,3
Estland	0,2	–2,6	7,9	3,3	3,0	–0,6	3,9	3,3	2,8	6,8	6,5	5,7	5,0
Zypern	0,2	–5,3	5,2	4,5	3,5	–1,1	2,1	1,5	1,3	7,6	7,2	6,2	5,7
Malta	0,1	–8,1	7,0	4,2	3,8	0,8	0,6	1,6	1,5	4,4	3,6	3,3	3,2
Euroraum insgesamt	85,1	–6,4	5,2	4,1	2,3	0,3	2,6	2,8	1,9	7,9	7,7	7,2	6,9
Euroraum ohne Deutschland	60,0	–7,0	6,2	4,2	2,4	0,2	2,3	2,5	1,7	9,3	8,6	8,2	7,8
Polen	3,9	–2,5	5,3	4,7	3,7	3,7	4,9	5,0	3,4	3,2	3,6	3,2	3,1
Schweden	3,5	–3,1	4,7	3,3	1,9	0,7	2,4	1,8	1,6	8,3	8,6	7,6	7,2
Dänemark	2,3	–2,1	3,7	2,6	1,8	0,3	1,7	1,5	1,7	5,7	5,2	4,8	4,7
Rumänien	1,6	–3,7	6,4	4,7	3,6	2,4	4,0	4,0	3,1	5,0	4,7	4,1	3,7
Tschechien	1,6	–5,8	3,0	4,8	3,3	3,3	3,3	4,2	2,9	2,6	3,4	2,9	2,7
Ungarn	1,0	–4,9	6,3	4,9	3,6	3,4	5,0	4,1	3,3	4,1	4,2	3,7	3,4
Bulgarien	0,5	–4,1	3,2	3,7	3,9	1,2	2,6	3,6	2,7	5,2	5,9	5,1	4,5
Kroatien	0,4	–7,8	10,5	4,1	2,6	0,0	2,5	3,2	2,3	7,9	7,2	6,5	6,1
MOE-Länder[4]	10,8	–3,8	5,2	4,5	3,6	2,7	4,0	4,3	3,0	4,4	4,5	4,0	3,8
EU 27[5]	100,0	–6,0	5,1	4,1	2,4	0,6	2,7	2,9	2,0	7,1	7,0	6,5	6,2

[1] Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. – [2] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [3] Standardisiert. – [4] Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien. – [5] Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2020.

Quellen: Eurostat; IWF; Berechnungen des IWH; ab 2021: Prognose des IWH.

Wirtschaftliche Erholung und inflationärer Schub in Großbritannien

Für Großbritannien stehen die Chancen gut, dass die derzeitige Pandemie-Welle deutlich milder verläuft als auf dem europäischen Kontinent. Denn auf der Insel ist die Zahl der durch eine überstandene Krankheit Immunisierten besonders hoch, und mehr als ein Viertel der Bevölkerung hat schon eine Booster-Impfung erhalten. Die meisten gesundheitspolitischen Restriktionen sind bereits im Sommer aufgehoben worden. Auch deshalb expandierte die wirtschaftliche Aktivität im Sommerhalbjahr kräftig, besonders im Bereich der am Beginn der Pandemie eingebrochenen personengebundenen Dienstleistungen. Die Beschäftigung steigt rasch. Das *Job Retention Scheme*, das betriebsbedingten Zwangsurlaub finanzieren half, ist zwar Ende September ausgelaufen, der Effekt auf die Arbeitslosenrate dürfte aber nur vorübergehend sein. Behindert wird die Erholung durch die hohe Zahl an nicht zu besetzenden Arbeitsplätzen, was sich auch in einer Beschleunigung der Lohndynamik auf etwa 4½% per annum widerspiegelt. Nach wie vor ein Problem ist der Arbeitskräftemangel im Transportsektor, welcher die weltweit bestehenden Lieferprobleme in Großbritannien noch einmal verschärft. Hier schlägt sich nieder, dass es seit dem Brexit schwieriger ist, Arbeitskräftebedarf flexibel über Migration zu decken. Lieferengpässe führen zu höheren Preisen, die aber auch strukturell auf im Zuge des Brexit gestiegene Kosten des Außenhandels zurückgehen. Diese Kosten sind wohl auch ein Grund dafür, dass sich die britischen Exporte, sei es von Waren oder von Dienstleistungen, bisher kaum von der Pandemiekrise erholt

haben. Die Inflation betrug im Oktober 4,2%, trotz nominal effektiver Aufwertung des Pfunds, und dürfte nach Projektionen der Bank von England im Frühjahr die 5%-Marke erreichen. Für die Dezembersitzung des Monetary Policy Committee wird vielerseits eine erste Leitzinsanhebung erwartet. Von der Finanzpolitik dürften im Jahr 2022 insgesamt keine großen Effekte ausgehen. Zwar sind die meisten Stützungsmaßnahmen dann ausgelaufen, die Regierung hat aber im Herbst für die nächsten Jahre höhere Sozialausgaben beschlossen, die nur zum Teil über höhere Abgaben finanziert werden sollen. Alles in allem dürfte sich die Erholung der britischen Wirtschaft fortsetzen, aber nicht zuletzt wegen zunächst noch anhaltender Lieferengpässe deutlich verlangsamt. Das Produktionsniveau von vor Pandemieausbruch wird wohl im ersten Halbjahr 2022 erreicht werden, im Gesamtjahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 4,7% expandieren und im Jahr 2023 um 2,6%.

Pandemiewelle und Inflationsdruck gefährden Erholung in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU

Im Schlussquartal des Jahres 2021 zieht eine schwere Pandemiewelle durch Ost- und Mitteleuropa. Rumänien und Bulgarien zählen zu den Ländern mit den weltweit höchsten Verstorbenenzahlen relativ zur Bevölkerung. Die polnischen Inzidenzen sind in etwa so hoch wie in Deutschland, in den anderen Ländern deutlich höher. Die Lage erklärt sich wohl zu einem Gutteil aus den niedrigen Impfquoten, die in Bulgarien und Rumänien Anfang Dezember unter 40% lagen und in Mitteleuropa nirgendwo höher als 60%. Anders als in der Pandemiewelle des vergangenen Winters sind die Eindämmungsmaßnahmen bislang nur vorsichtig verschärft worden. Die Menschen reagieren allerdings, indem sie Restaurants- und Einzelhandelsbesuche deutlich einschränken.

Im Sommerhalbjahr hatte sich die Wirtschaft in der Region weiter kräftig erholt, vor allem weil der private Konsum wieder auflebte. Die Exportkonjunktur war dagegen vielfach schwach, was sich aus der großen Bedeutung des Fahrzeugbaus für die Exportindustrien der Region erklärt. Ebenso wie in Deutschland wird die Autoproduktion durch Lieferengpässe stark gehemmt. In Polen, wo die Branche weniger dominiert, expandierte auch der Export deutlich. Überall haben die höheren Rohstoffpreise sowie die Knappheit an Vorprodukten und qualifizierten Arbeitskräften die Inflationsraten stark steigen lassen, zuletzt auf Werte zwischen 4½% und 6½%, im Baltikum noch etwas höher. Die Kernraten liegen nur wenig niedriger. Die Geldpolitik erhöhte in den Ländern außerhalb des Euroraums die Zinsen, zuletzt im Oktober in Polen und Rumänien. Im Jahr 2022 dürften überall weitere Zinsschritte folgen. Die Finanzpolitik sollte die Wirtschaft ab dem Jahr 2022 mit Mitteln des Next Generation-Programms der EU stützen, allerdings hat die Kommission die Aufbau- und Resilienzpläne von Ungarn und Polen noch nicht gebilligt, und es ist zweifelhaft, ob die hinter der Verzögerung stehenden politischen Probleme bald gelöst werden können. Aber auch ohne diese Gelder dürfte die Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU im Jahr 2022 weiter deutlich expandieren, denn die Wachstumsdynamik hat sich in den vergangenen Jahren als sehr robust erwiesen. Freilich ist wegen der gegenwärtigen Pandemiewelle und der anhaltenden Lieferprobleme ein schwaches Winterhalbjahr zu erwarten. Mit Einsetzen milder Witterung im Frühjahr 2022 dürfte die Pandemie abklingen und die Konjunktur anziehen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion im Länderkreis dürfte im Jahr 2021 um 5,2% und im Jahr 2022 um 4,5% zunehmen.

Deutsche Wirtschaft zwischen Lieferengpässen und Pandemiesorgen

Am Ende des Jahres 2021 steht Deutschland ähnlich wie vor einem Jahr im Bann einer Winterwelle der Pandemie. Anders als vergangenes Jahr ist jetzt ein Großteil der Bevölkerung geimpft und damit recht gut gegen schwere Krankheitsverläufe geschützt, allerdings ist die derzeitige Virusvariante erheblich ansteckender als vor einem Jahr und das öffentliche Leben weit weniger eingeschränkt. Entsprechend ist die Zahl der Infektionen deutlich höher, die Zahl der täglichen Todesfälle aber etwas niedriger als Anfang Dezember 2020. Zudem ist wahrscheinlich, dass sich mit Omikron bald eine wohl noch ansteckendere Variante auch in Deutschland verbreiten wird. Um die Welle zu brechen, verschärft die Politik in Bund und Ländern seit Mitte November die Maßnahmen zur Kontaktreduzierung. Insbesondere kommt es zu deutlichen Einschränkungen für alle, die weder geimpft noch genesen sind. Öffentliche Veranstaltungen, in denen eine Mehrzahl von Menschen zusammentreffen, werden drastisch beschränkt, und Unternehmen müssen ihre Angestellten, wenn möglich, zuhause arbeiten lassen. In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass der

Einzelhandel sowie Schulen und Kindergärten anders als vor einem Jahr überwiegend offenbleiben, und dass sich im Laufe des ersten Quartals die Pandemielage entspannt, auch weil ein großer Teil der Bevölkerung dann Auffrischungsimpfungen erhalten haben wird und der Anteil der Geimpften den Winter über noch ein Stück weit gesteigert werden kann.

Neben der Pandemie bremst ein zweiter Faktor die Wirtschaft: Die Lieferengpässe im Verarbeitenden Gewerbe sind ein weltweites Phänomen, deutsche Unternehmen sind aber besonders betroffen, und zwar nicht nur, weil die Engpässe besonders die Automobilbranche treffen, welche in Deutschland große Bedeutung hat.[10] Eine Rolle spielen dürfte auch, dass die deutsche Industrie stärker von Halbleiterimporten abhängig ist als die meisten anderen europäischen Länder.[11] Gerade auf dem Halbleitermarkt zeichnet sich bislang noch kaum eine Entspannung ab. Die Lieferengpässe dürften jedenfalls der wesentliche Grund dafür sein, dass im dritten Quartal die Exporte und noch deutlicher die Investitionen zurückgegangen sind. Die starke Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 1,7% geht zur Gänze auf die kräftige Erholung der privaten Konsumnachfrage während des Corona-Zwischentiefs zurück (vgl. Tabelle 5). Die Sparquote der Haushalte ist deutlich auf 12,2% gefallen, damit aber noch gut einen Prozentpunkt höher als vor der Pandemie. Die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte waren trotz hoher Inflation zuletzt leicht höher als vor Ausbruch der Pandemie. Dabei haben sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen günstiger als die Arbeitnehmerentgelte entwickelt.[12] Das liegt auch an der Lohnzurückhaltung: Die Tarifverdienste steigen bisher sehr moderat, von den Lohnstückkosten ging zuletzt kaum Inflationsdruck aus. Die Beschäftigung wurde im Sommer kräftig ausgeweitet, vor allem in den kontaktintensiven Dienstleistungen. Die Zahl der offenen Stellen ist mittlerweile wieder in etwa so viele hoch wie vor der Krise, allerdings liegt die Erwerbsbeteiligung weiter etwa einen halben Prozentpunkt unter ihrem Maximum Anfang 2020.

Tabelle 5

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung[1]

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2020				2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	–2,1	–11,5	11,5	–2,7	–5,3	3,8	6,2	0,1	–0,7	3,5	1,8	1,3
öffentlicher Konsum	0,7	1,2	1,5	0,8	–1,0	4,6	–2,2	1,0	0,6	–0,2	–1,2	–1,3
Bauten	4,0	–3,5	–0,9	2,9	0,1	1,8	–2,3	0,1	0,4	0,8	0,8	0,7
Ausrüstungen	–6,7	–14,8	16,7	1,9	–0,3	0,4	–3,7	0,4	0,3	3,0	2,8	2,0
sonstige Anlagen	0,5	–3,7	2,8	1,7	–2,7	1,0	0,9	0,7	1,0	1,0	0,9	0,9
Vorratsinvestitionen[2]	0,2	–0,5	–1,8	0,5	2,1	–0,5	–0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	–0,8	–8,1	5,6	–0,3	–1,0	2,8	2,0	0,5	–0,1	2,1	1,0	0,6
Außenbeitrag[2]	–1,0	–2,3	3,6	1,0	–0,9	–0,6	–0,2	–0,5	0,2	0,0	0,0	–0,2
Exporte	–3,4	–20,1	17,5	4,6	1,3	0,6	–1,0	0,5	1,5	1,7	2,1	0,9
Importe	–1,5	–16,9	9,3	2,7	4,1	2,2	–0,6	1,7	1,3	1,8	2,3	1,5
Bruttoinlandsprodukt	–1,8	–10,0	9,0	0,7	–1,9	2,0	1,7	0,0	0,0	2,1	1,0	0,4

[1] Saison– und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – [2] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandprodukts in Prozentpunkten (Lundberg–Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Die vielen positiven Entwicklungen des Sommerhalbjahrs werden angesichts der Corona-Winterwelle wieder in Frage gestellt. Mobilitätsindikatoren wie Daten zu Restaurantbesuchen lassen für das Schlussquartal einen Rückschlag für das Gastgewerbe und in geringerem Maße auch für den Einzelhandel erkennen. Weil die Restriktionsmaßnahmen aber vermutlich nicht das Ausmaß des Lockdowns vom vorigen Winter erreichen werden, dürfte die Aktivität in den Dienstleistungsbereichen im Schlussquartal deutlich weniger sinken als damals. Auch deuten für das Verarbeitende Gewerbe die Industrieproduktion im Oktober, die Lkw-Mauteinnahmen sowie die Herbstumsätze der Automo-

10 Auch in anderen Wirtschaftszweigen klagen deutsche Unternehmen stärker über Lieferengpässe als in anderen EU-Ländern. Vgl. *European Commission:* European Economic Forecast, Autumn 2021, 46.

11 Der Anteil der Importe von Halbleitern und verwandten Produkten (SITC-Klassifikation 776) an den gesamten Importen von außerhalb der EU ist in Deutschland (3,4%) und den Niederlanden (3,9%) unter den EU-Ländern am höchsten (Anteil in der EU insgesamt: 2,0%; Daten aus dem Jahr 2019). Auch in den Niederlanden ist der Mangel an Vorprodukten gemessen am langjährigen Durchschnitt des Landes zurzeit ungewöhnlich hoch.

12 Im dritten Quartal 2021 lagen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen 6,9% über ihrem Wert im vierten Quartal 2019, die Arbeitnehmerentgelte hingegen nur um 3,4%.

bilbranche auf eine Stabilisierung hin. Insgesamt ist für das Winterhalbjahr zu erwarten, dass die wirtschaftliche Erholung einen Dämpfer erhält. In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass die restriktiven Maßnahmen die Infektionszahlen deutlich herunterbringen und schon im Lauf des zweiten Quartals wieder gelockert werden können. Danach dürften die Infektionszahlen jahreszeitlich bedingt weiter zurückgehen und der private Konsum wird wieder deutlich expandieren. Die lieferbedingten Restriktionen auf die Produktion von Exporten und Investitionsgütern lassen im ersten Halbjahr 2022 nach, weil die internationalen Produktionskapazitäten in den Engpasssektoren nach und nach erweitert werden. Die hohen Auftragsbestände können dann abgearbeitet werden. Die Investitionen insbesondere in Bauten profitieren weiterhin von den sehr niedrigen Finanzierungskosten.

Tabelle 6

Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate

in % bzw. Prozentpunkten

	2020	2021	2022	2023
statistischer Überhang[1]	0,0	2,2	1,3	1,3
Jahresverlaufsrate[2]	–2,9	1,8	3,5	1,1
jahresdurchschnittliche BIP–Rate, kalenderbereinigt	–4,9	2,7	3,6	2,0
Kalendereffekt[3]	0,4	0,0	–0,1	–0,2
jahresdurchschnittliche BIP–Rate, kalenderjährlich[4]	–4,6	2,7	3,5	1,8

[1] Saison– und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – [2] Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – [3] In % des realen BIP. – [4] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

Alles in allem expandiert das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nach vorliegender Prognose im Jahr 2021 um 2,7% (vgl. Tabelle 6) Die Aufwärtsrevision für das Jahr 2021 gegenüber der IWH-Herbstprognose geht dabei vor allem darauf zurück, dass das Statistische Bundesamt die Angaben für das zweite Quartal nach oben revidiert hat und die Erholung des Verarbeitenden Gewerbes im Oktober und wohl auch im November kräftig war. Der Ausblick für das Winterhalbjahr ist jedoch aufgrund des Infektionsgeschehens eingetrübt. Mit einer deutlichen Erholung kann erst ab dem Frühjahr gerechnet werden (vgl. Abbildung 8); die Prognose für den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2022 beläuft sich auf 3,5% (arbeitstäglich bereinigt 3,6%). Dabei legt unter den Verwendungskomponenten besonders deutlich der private Konsum zu (vgl. Tabelle 7). Im Jahr 2023 dürfte die Produktion um 1,8% steigen (bereinigt um 2,0%; vgl. Abbildung 9).[13] Im Jahr 2023 hat sie nach vorliegender Prognose ihren langfristigen Wachstumspfad wieder erreicht (vgl. Kasten). Die Verbraucherpreisinflation ebbt nach dem Jahreswechsel mit dem Auslaufen von Basiseffekten bei den Energiepreisen etwas ab, bleibt aber mit 3,1% im Jahr 2022 und 2,5% im Jahr darauf deutlich höher als vor der Pandemie, weil der recht kräftige Nachfrageanstieg den Unternehmen Preiserhöhungsspielräume eröffnet. Auch dürfte die Lohndynamik ab dem Frühjahr anziehen. Dazu tragen die deutlichen Erhöhungen des Mindestlohns in den Jahren 2022 und 2023 bei, welche auch in den nicht direkt betroffenen höheren Gehaltsklassen die Löhne steigen lassen dürften.

Tabelle 7

Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts[1]

in Prozentpunkten

	2020	2021	2022	2023
Konsumausgaben	–2,3	1,1	3,7	1,3
private Konsumausgaben	–3,0	0,4	3,6	1,4
Konsumausgaben des Staates	0,7	0,7	0,0	–0,1
Bruttoanlageinvestitionen	–0,5	0,4	0,4	0,6
Bauten	0,3	0,1	0,1	0,2
Ausrüstungen	–0,8	0,2	0,2	0,3
sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,2	0,1
Vorratsveränderung	–0,9	1,1	–0,1	0,0
inländische Verwendung	–3,7	2,5	4,0	1,9
Außenbeitrag	–0,8	0,1	–0,5	–0,1
Exporte	–4,3	3,2	1,8	1,7
Importe	3,5	–3,0	–2,3	–1,8
Bruttoinlandsprodukt	–4,6	2,7	3,5	1,8

[1] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

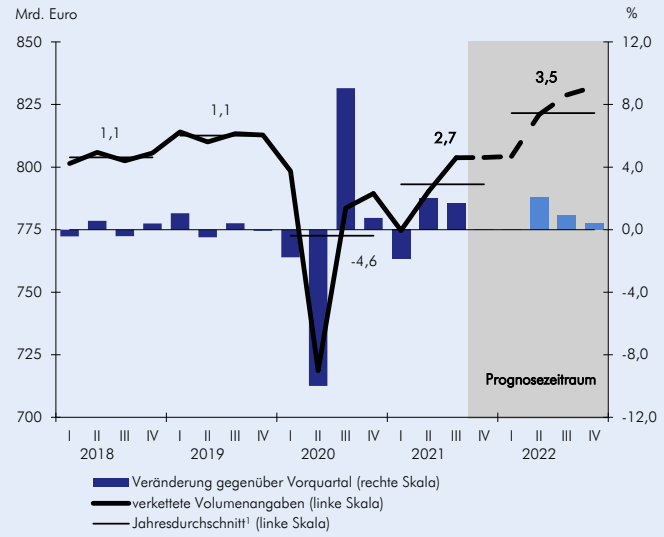
13 Für das Jahr 2021 reicht das 68%-Prognoseintervall Bruttoinlandsproduktes von 2,4% bis 2,9%, für das Jahr 2022 von 2,0% bis 5,0% und für 2023 von 0% bis 3,9% (vgl. Abbildung 9). Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Der ungewisse Fortgang des Pandemiegeschehens ist weiter das Hauptrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Es ist angesichts der Schwere der Winterwelle höher als noch in der IWH- Herbstprognose veranschlagt. Die Politik wird die Restriktionen so lange nach und nach verschärfen, bis die Infektionszahlen deutlich sinken. Wenn es, anders als hier unterstellt, zu einem strengen Winter-Lockdown wie vor einem Jahr käme, wäre auch mit einem entsprechend deutlichen Rückgang der Produktion zu rechnen. Darüber hinaus ist ungewiss, ob die Impfquote in den nächsten Quartalen so weit gesteigert wird, dass ein neuerliches Anschwellen der Infektionszahlen im Winter 2022/2023 vermieden werden kann. Entscheidend wird auch sein, wie beherrschbar die neue Virusvariante ist. Zudem ist nicht unwahrscheinlich, dass es zur Ausbreitung neuer Varianten kommt. Das Omikron ist jedenfalls nicht der letzte Buchstabe im griechischen Alphabet.

Abbildung 8

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Zur Prognosegüte und zur Anpassung der Prognose für 2021

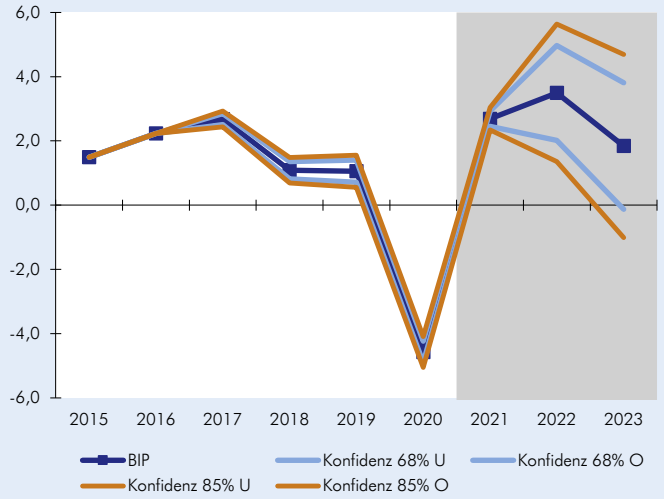
Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat im dritten Quartal 2021 um 1,7% zugelegt. In seiner Herbstprognose, die am 14. September 2021 veröffentlicht wurde, hatte das IWH eine Expansion des Bruttoinlandsproduktes im dritten Quartal um 1,5% erwartet und demnach die Dynamik um lediglich 0,2 Prozentpunkte unterschätzt.[14]

Der private Konsum wurde in der IWH-Prognose vom September 2021 um 2,5 Prozentpunkte unterschätzt. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich das Gastgewerbe kräftiger erholt hat als erwartet. Ausrüstungen wurden um 4,7 Prozentpunkte und Bauinvestitionen um 2,9 Prozentpunkte überschätzt. Hier dürften die Lieferengpässe unterschätzt worden sein. Überschätzt wurden sowohl die Exporte (um 3,7 Prozentpunkte) als auch die Importe (um 5,1 Prozentpunkte).

Abbildung 9

Prognoseunsicherheit[1]

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



[1] Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Nach der hier vorliegenden Prognose dürfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 um 2,7% expandieren (vgl. Tabelle 8). Die Prognosekorrektur von 0,5 Prozentpunkten im Vergleich zum Herbst für das Gesamtjahr ergibt sich zum Großteil aus einer Datenrevision des ersten Halbjahrs der inländischen Verwendung durch das Statistische Bundesamt. Prognosefehler für das dritte Quartal sowie die Prognoseanpassung für das vierte Quartal spielen für die Prognosekorrektur kaum eine Rolle.

[14] Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH*: Produktionsengpässe verzögern Erholung, in: Konjunktur aktuell, Jg. 9 (3), 2021, 64.

Tabelle 8

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2021

Veränderung gegenüber Vorjahr in % bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

	IWH Herbstprognose 2021		IWH Jahresausblick 2022		Prognosekorrektur für 2021	
	Prognosewerte für 2021		Prognosewerte für 2021		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge in Prozentpunkten	
	Veränd. gg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Veränd. gg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inländische Verwendung	2,4	2,3	2,7	2,5	0,3	0,2
Privater Konsum	–0,5	–0,2	0,7	0,4	1,2	0,6
Staatlicher Konsum	2,4	0,5	3,2	0,7	0,8	0,2
Bauten	1,6	0,2	1,3	0,1	–0,3	–0,1
Ausrüstungen	5,7	0,4	3,3	0,2	–2,4	–0,2
Sonstige Anlageinvestitionen	0,5	0,0	0,3	0,0	–0,2	0,0
Vorratsveränderungen	–	1,4	–	1,1	–	–0,3
Außenbeitrag	–	–0,1	–	0,1	–	0,2
Ausfuhr	9,8	4,2	7,3	3,2	–2,5	–1,0
Einfuhr	11,5	–4,3	8,1	–3,0	–3,4	1,3
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,2	2,7	2,7	0,5	0,5
Nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt USA	5,6	–	5,6	–	0,0	–
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	4,9	–	5,2	–	0,3	–
Welthandel	10,5	–	9,4	–	–1,1	–
Verbraucherpreise	2,9	–	3,1	–	0,2	–

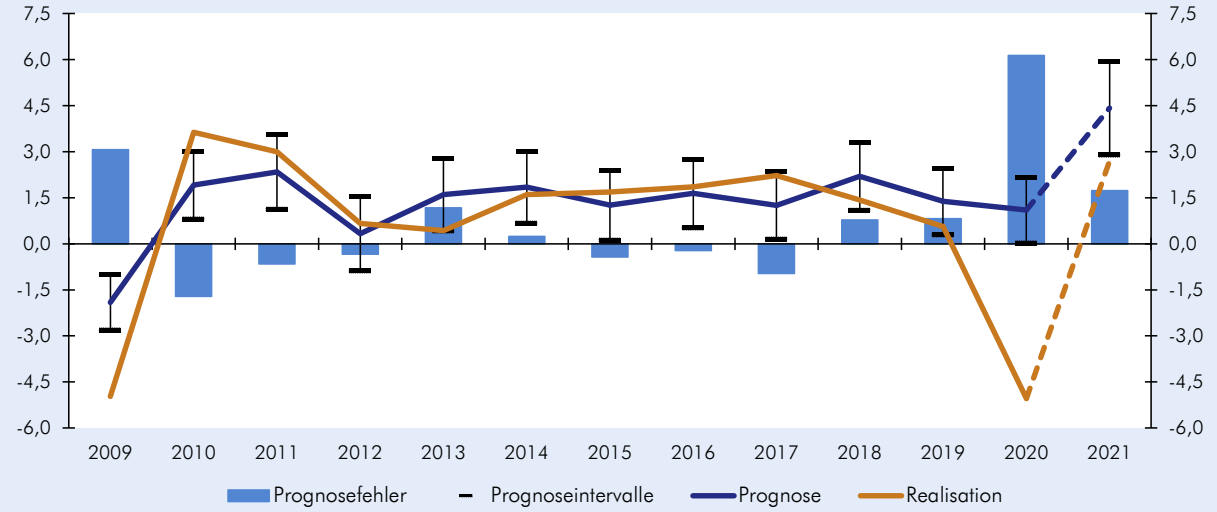
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des IWH.

In der Dezember-Prognose im Jahr 2020 hatte das IWH einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 4,4% für das Folgejahr prognostiziert.[15] Im Vergleich zu vorherigen IWH-Prognosen ist der aus heutiger Sicht erwartete Prognosefehler mit 1,7 Prozentpunkten vergleichsweise hoch (vgl. Abbildung 10), was auf die anhaltende Pandemie und die damit einhergehenden Wirtschaftseinbußen zurückzuführen ist.

Abbildung 10

Prognosefehler des IWH für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr

Prognosen vom Dezember des Vorjahres, Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

15 Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH*: Neue Pandemiewelle verzögert konjunkturelle Erholung in Deutschland, in: Konjunktur aktuell, Jg. 8 (4), 2020, 102.

Kasten

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum (2021 bis 2026) ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 1,1% (vgl. Tabelle K1). Damit liegt das Niveau des Produktionspotenzials im Jahr 2026 um 0,8% höher als in der Projektion der IWH-Herbstprognose und um 0,8% niedriger als im Herbstgutachten der Gemeinschaftsdiagnose. Es entspricht somit in etwa dem Mittelwert aus den Projektionen beider Gutachten.

Tabelle K1

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in %[1]

	1996-2020[2]		1996-2020		2020-2026	
Produktionspotenzial	1,2		1,3		1,1	
Kapitalstock	1,6	(0,5)	1,6	(0,5)	1,3	(0,4)
Solow-Residuum	0,5	(0,5)	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)
Arbeitsvolumen	0,1	(0,1)	0,2	(0,2)	0,1	(0,1)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		–0,1	
Partizipationsquote	0,5		0,5		0,3	
Erwerbsquote	0,2		0,2		–0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	–0,6		–0,4		0,0	
Nachrichtlich:						
Arbeitsproduktivität	1,0		1,1		1,0	

[1] Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – [2] Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Ende September 2021 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten mittelfristigen Bevölkerungsvorausberechnung für die Jahre 2021 bis 2035. [K1] Die darin enthaltenen zwei Szenarien für die Zuwanderung sind darin als Ober- bzw. Untergrenzen der zu erwartenden tatsächlichen Bewegungen beschrieben. Analog zum Vorgehen der Gemeinschaftsdiagnose legt diese Projektion als wahrscheinlichstes Szenario eine Nettozuwanderung zugrunde, die dem Mittelwert der beiden Szenarien entspricht. [K2] Demnach steigt die Nettowanderung zunächst bis auf 335 000 Personen im Jahr 2023 bevor sie im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wieder langsam zurückgeht. Unter dieser Annahme wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) zunächst noch leicht zunehmen und ab dem Jahr 2023 im Zuge der Alterung allmählich zurückgehen, wobei sich der Rückgang gegen Ende des Projektionszeitraums beschleunigt. Über den gesamten Zeitraum nimmt die Erwerbsbevölkerung von 62,2 Millionen im Jahr 2020 auf 62,0 Millionen im Jahr 2026 ab.

Die Partizipation wird, nachdem sie während der Pandemie abgenommen hat, in den kommenden Jahren wieder zunehmen, sodass auch die trendmäßige Partizipationsquote ab 2024 wieder ähnlich stark steigen wird wie in den Jahren zuvor. Über den gesamten Projektionszeitraum wird sie von 74,6% auf 75,8% steigen. Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird im Jahr 2026 mit 3,4% etwas höher liegen als im Jahr 2020 (3,0%).

Aufgrund des pandemiebedingt erneuten Anstiegs der Kurzarbeit und der damit verbundenen Ausfallzeiten wird die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer zunächst stagnieren. Erst ab Mitte des Jahres 2022 ist mit einem Anstieg der durchschnittlichen Arbeitszeit zu rechnen, der bis zum Ende der Kurzfrist anhält. Danach wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Der Rückgang der trendmäßigen Arbeitszeit je Erwerbstätigen wird zunächst gestoppt. Erst gegen Ende des Projektionszeitraums nimmt sie wieder ab. Über den gesamten Zeitraum bleibt sie in etwa konstant.

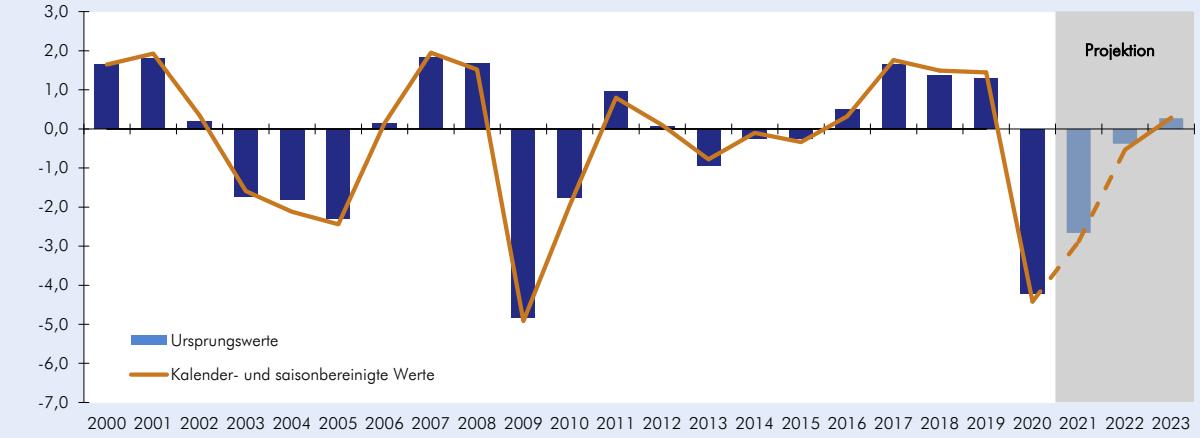
K1 Vgl. *Statistisches Bundesamt*: Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und den Bundesländern nach dem Corona-Jahr 2020 – Erste mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2035, Wiesbaden 2021.

K2 Vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*: Krise wird allmählich überwunden – Handeln an geringerem Wachstum ausrichten, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2021. Halle (Saale) 2021.

Abbildung K1

Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Alles in allem wird das potenzielle Arbeitsvolumen zunächst weiter steigen und erst gegen Ende des Projektionszeitraums zurückgehen. Über den gesamten Projektionszeitraum nimmt es um jahresdurchschnittlich 0,1% zu. Daraus ergibt sich ein Beitrag von 0,1 Prozentpunkten zum Potenzialwachstum.

Der Kapitalstock wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 1,3% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,4 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,6% betragen. Hierbei wird, wie auch bei den zuvor beschriebenen Bestimmungsfaktoren des Produktionspotenzials davon ausgegangen, dass es keinen durch die Corona-Pandemie bedingten Bruch in der Trendfortschreibung gibt. Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandproduktes ergibt sich damit für dieses Jahr eine Produktionslücke von –2,7%. Im Jahr 2022 verringert sich die Lücke auf -0,4% und beträgt im Jahr 2023 0,3% (vgl. Abbildung K2).

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,14 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist etwa so hoch wie im Schnitt des Jahres 2021. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2021 um 9,4% und in den nächsten beiden Jahren um 2,9% steigen. Ferner wird davon ausgegangen, dass sich der Hauptrefinanzierungssatz der EZB im Prognosezeitraum nicht ändert. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2021 bei 70 US-Dollar je Barrel, im Jahr darauf bei 78 US-Dollar, und im Jahr 2023 bei 84 US-Dollar.

Weiterhin günstiges Finanzierungsumfeld in Deutschland

Die zehnjährigen Bundesanleihen rentierten im Oktober 2021 mit durchschnittlich –0,25%. Im Januar dieses Jahres lag die Rendite im Schnitt noch 36 Basispunkte niedriger, aber die aktuelle Inflationsdynamik trieb sie in die Höhe. In der ersten Hälfte des Novembers sank sie jedoch wieder leicht, was Sorgen über ein erneutes Aufflammen der Pandemie widerspiegeln könnte. Umlaufsrenditen von deutschen Unternehmensanleihen folgten denen des Bundes, sie liegen mit einem Zins von 1% im Oktober aber nur knapp über ihren historischen Tiefpunkten.

Im Gegensatz zum Euroraum, wo die Kreditstandards für Konsumentenkredite unverändert blieben, lockerten deutsche Banken im dritten Quartal das zweite Mal in Folge ihre Vergaberichtlinien, nachdem sie diese Anfang 2020 stark angezogen hatten. Für Unternehmens- und Immobilienkredite verschärften sie diese geringfügig, planen aber dies im vierten Quartal nicht weiter fortzusetzen. Geringe Zinsen und eine zunehmende Kreditnachfrage unterstützen zudem

die Entwicklung des Kreditwachstums im deutschen Privatsektor. Der Anstieg der Nachfrage nach Firmenkrediten betraf alle Laufzeiten und war besonders stark für längerfristige Ausleihungen, er blieb allerdings hinter den Erwartungen der Banken zurück. Zum einem dürften auch deutsche Firmen ausreichende Liquiditätspuffer aufgebaut haben, zum anderen könnten anhaltende Lieferengpässe die Nachfrage dämpfen. Nichtsdestotrotz war das Wachstum von Firmenkrediten im Vergleich zum Vorquartal wieder positiv, während es im zweiten Quartal negativ war. Auch das Verhältnis von Kreditvolumen zum Bruttoinlandsprodukt scheint einem Abwärtstrend zu folgen, nachdem es zu Beginn des letzten Jahres etwas zugenommen hatte. Das Finanzierungsumfeld in Deutschland dürfte alles in allem günstig bleiben.

Finanzpolitik schwenkt auf restriktiven Kurs ein

Im Jahr 2021 war die Finanzpolitik vor allem infolge der staatlichen Zuschüsse an von der Corona-Pandemie besonders betroffene Unternehmen, pandemiebedingter Mehrausgaben im Gesundheitswesen sowie steuerlicher Maßnahmen erneut sehr expansiv ausgerichtet. Im Jahr 2022 dürften aufgrund fortbestehender Kontaktbeschränkungen direkte Zuschüsse insbesondere an Unternehmen des Dienstleistungssektors zunächst weiter fließen. Auch pandemiebedingte Mehrausgaben im Gesundheitswesen werden weiter anfallen, etwa durch den Versorgungsaufschlag für Krankenhäuser im Rahmen des neuen Infektionsschutzgesetzes oder weiterhin anfallender Ausgaben für die Impfkampagne. Hinzu kommen im Jahr 2022 Mehrausgaben unter anderem durch klimapolitische Maßnahmen, etwa durch das noch von der alten Bundesregierung auf den Weg gebrachte „Klimaschutzsofortprogramm 2022“, die Grundrente oder die Pflegereform. Zudem liefern steuerliche Erleichterungen, wie das Zweite Familienentlastungsgesetz, die degressive AfA oder veränderte Abschreibungsmöglichkeiten von EDV-Hard- und Software, Impulse. Diesen expansiv wirkenden Maßnahmen stehen jedoch Minderausgaben gegenüber, die sich aus dem in dieser Prognose unterstellten Auslaufen pandemiebedingter Einschränkungen ergeben. So dürften ab der zweiten Hälfte des Jahres 2022 deutlich weniger Unternehmenshilfen ausbezahlt werden, und die November- und Dezemberhilfen aus dem Jahr 2020, die größtenteils im Jahr 2021 ausbezahlt wurden, entfallen vollständig. Auch im Gesundheitswesen wurden bereits Maßnahmen zurückgenommen, etwa die kostenlose Bereitstellung von Atemschutzmasken, und mit dem hier unterstellten Abflauen der Pandemie dürften die Ausgaben im Gesundheitswesen weiter zurückgehen. Alles in allem ergibt sich für das Jahr 2022 aus den diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen ein restriktiver Effekt in Höhe von 1,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, nach einem Impuls in Höhe von 1,7% im Jahr zuvor (vgl. Tabelle 9).

Im Jahr 2023 ist die Finanzpolitik dann erneut restriktiv ausgerichtet, weil unterstellt wird, dass mit der Überwindung der Corona-Pandemie die staatlichen Hilfsprogramme für Unternehmen und private Haushalte auslaufen. Gleiches gilt für die Ausgaben des Staates vor allem im Rahmen der Impfkampagne und in Form von Hilfen für Krankenhäuser. Auch die arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen des Staates, etwa der erleichterte Zugang zum Kurzarbeitergeld und die verlängerte Bezugsdauer sowohl des Kurzarbeiter- als auch des Arbeitslosengeldes, dürften auslaufen. Im steuerlichen Bereich führt die Wiederanhebung des Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie zu staatlichen Mehreinnahmen. Schließlich ergeben sich bei den Sozialversicherungen Mehreinnahmen aus dem Anstieg des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung und einem höheren durchschnittlichen Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung. Alles in allem ergibt sich für das Jahr 2023 ein restriktiver Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen in Höhe von 1,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.[16]

[16] Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sieht Mehrausgaben vor allem in den Bereichen Infrastruktur, Klimaschutz und soziale Sicherung vor. Da Art und Umfang der Maßnahmen im Koalitionsvertrag jedoch nicht genauer spezifiziert sind, sind Quantifizierungen über die mit den einzelnen Maßnahmen verbundenen Mehrausgaben und den Zeitpunkt der Mittelabflüsse derzeit kaum möglich. Es kann lediglich darauf verwiesen werden, dass die fiskalischen Impulse in den Jahren 2022 und 2023 höher ausfallen dürften als hier quantifiziert.

Tabelle 9

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen[1]

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2021	2022	2023
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Alterseinkünftegesetz	–1,5	–1,6	–1,5
schrittweises Abschmelzen des Solidaritätszuschlags	–9,0	–1,4	–0,7
Familienentlastungsgesetz: Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags und Tarifverschiebung bei der Einkommensteuer zum 01.01.2020	–0,9	–0,4	–0,4
Zweites Familienentlastungsgesetz: Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags und Tarifverschiebung bei der Einkommensteuer zum 1.1.2021 und zum 1.1.2022	–3,8	–5,2	–0,9
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computer-Hardware und Software	–1,2	–3,8	0,8
Änderungen bei der Tabaksteuer		1,8	0,6
Jahressteuergesetz 2019	–0,2	–0,2	0,0
Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen	1,0	0,3	0,3
steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung	–1,1	–0,1	0,0
Fondsstandortgesetz	–0,4	–0,3	–0,2
Änderungen des Rennwett- und Lotteriesteuergesetzes	0,1	0,2	0,0
Steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus	–0,1	–0,2	0,0
Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen	–0,2	–0,9	–0,2
sonstige steuerliche Maßnahmen[2]	0,2	0,1	0,0
Umsetzung des Klimapakets im Steuerrecht	–0,2	–0,5	–0,2
Anhebung der Luftverkehrsabgabe	0,3	0,1	0,4
CO_2-Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr	7,4	1,6	1,5
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,5	0,4	0,4
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1.1.2021 um 0,3 Prozentpunkte auf durchschnittlich 1,3% und zum 1.1.2023 um 0,1 Prozentpunkt auf 1,4%	3,5	0,0	1,3
Erhöhung des Beitragszuschlags für Kinderlose in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkt zum 1.1.2022		0,3	0,0
Erhöhung der Insolvenzgeldumlage um 0,06 Prozentpunkte zum 1.1.2021 und Senkung um 0,03 Prozentpunkte zum 1.1.2022	0,6	–0,3	0,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1.1.2023			2,5
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Klimaschutzsofortprogramm 2022		–0,5	–1,0
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Februar 2018[3]	–1,5	–3,2	–0,6
Investitionspaket des Bundes vom März 2020	–0,5	–1,0	–1,0
Änderungen beim Wohngeld	–0,1	0,0	0,0
Kostenrechtsänderungsgesetz			–0,2
Aufbauhilfefonds 2021	–2,0	–4,0	–2,0
Zusätzliche Ausgaben des Energie- und Klimafonds	–3,2	0,0	–1,0
Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	–0,2	0,0	0,0
Zweites Familienentlastungsgesetz: Erhöhung des Kindergeldes zum 1.1.2021	–3,2	0,0	0,0
Arbeit von morgen-Gesetz	–0,1	–0,1	0,0
Teilhabechancengesetz	0,0	0,2	0,0
Mehrausgaben für Verteidigung und Entwicklungshilfe	–0,1	0,0	0,0
Personalaufstockung in den Bereichen Sicherheit und Justiz	–0,5	–0,1	0,0
Senkung der EEG-Umlage	–5,4	–0,1	–0,1
Ausgaben der Sozialversicherungen			
rentenpolitische Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag 2018[4]	–0,6	–0,5	–0,3
Grundrente	–0,3	–1,1	–0,1
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	–0,2	–0,1	–0,1
Anpassung des Infektionsschutzgesetzes		–1,3	1,3
Arbeit von morgen-Gesetz	–0,2	–0,2	0,0
Terminservice- und Versorgungsgesetz	–0,5	0,0	0,0
Diskretionäre Maßnahmen insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)[6]	**–23,6**	**–21,3**	**–0,7**
Konjunkturpaket vom Juni 2020 (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)[5]	–37,0	21,9	30,5
Sonstige Corona-Maßnahmen (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)[5]	–0,9	47,8	38,5
Insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)[5]	–61,5	48,4	68,3
Insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	–1,7	1,3	1,7

[1] Ohne makroökonomische Rückwirkungen. – [2] Reform der Investmentbesteuerung, Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2016, Unternehmensteuerreformgesetz 2008, Umsetzung des EuGH-Urteils vom 15. September 2016 zum Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs bei Berichtigung einer Rechnung. – [3] Digitalpakt, Fonds für den Breitbandausbau, Ausbau von Ganztagsschulen, zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung, Erhöhung der Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. – [4] Mütterrente II, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – [5] Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

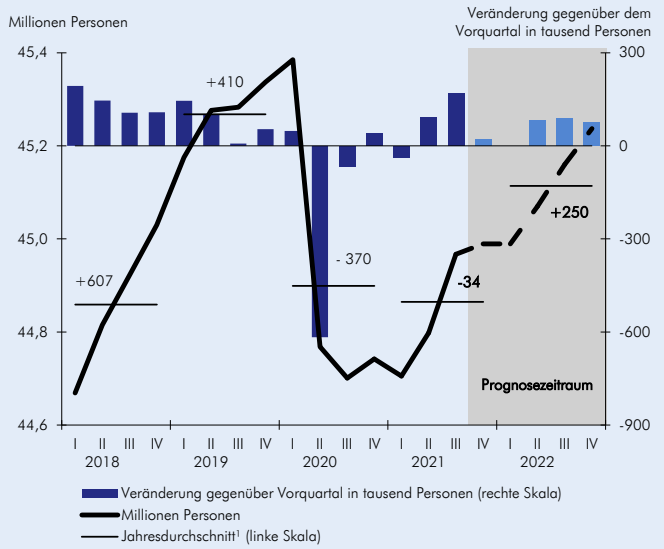
Arbeitsmarkt vorübergehend etwas schwächer

Im Zuge der kräftigen Produktionsausdehnung hat die Beschäftigung im dritten Quartal 2021 um etwa 170 000 Personen bzw. 0,4% zugenommen (vgl. Abbildung 11). Das Beschäftigungsniveau lag allerdings noch um 370 000 Per-

Abbildung 11

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2021: Prognose des IWH.

sonen bzw. 0,8% unter dem Stand im vierten Quartal 2019. Der Zuwachs der Erwerbstätigkeit resultierte dabei vollständig aus der Zunahme der abhängigen Beschäftigung. Dabei stieg nicht nur die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Auch die ausschließlich geringfügige Beschäftigung nahm kräftig zu, was auf die Rücknahme von Einschränkungen bei kontaktintensiven Dienstleistungen wie beispielsweise im Gast- und Beherbergungsgewerbe zurückzuführen sein dürfte. Die Zahl der Selbstständigen ging weiter – wenn auch deutlich abgeschwächt – zurück.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg in fast allen Wirtschaftsbereichen. Am stärksten nahm sie infolge der Lockerung der Corona-Beschränkungen im Gastgewerbe zu. Auch in den Bereichen Information und Kommunikation, bei den Unternehmensdienstleistern und bei den Öffentlichen Dienstleistern sowie im Bereich Arbeitnehmerüberlassung setzte sich der recht kräftige Beschäftigungsaufbau fort. Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich die Beschäftigung seit Beginn des Jahres 2021 stabilisiert.

Die Zahl der Kurzarbeiter nimmt bereits seit März 2021 deutlich ab. Im September 2021 (aktuellere Werte liegen noch nicht vor) betrug die Zahl der Kurzarbeiter laut Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit 750 000 Personen.[17] Der durchschnittliche Arbeitsausfall je Kurzarbeiter betrug 38,5%. Die Kurzarbeiterquote (Anteil der Kurzarbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) betrug 2,2%. Der bisherige Höchstwert wurde mit 17,9% im April 2020 erreicht. Der kräftige Rückgang der Kurzarbeit und des Arbeitsausfalls infolge von Krankheit, Quarantäne sowie Schul- und Kitaschließungen trugen maßgeblich zu dem beträchtlichen Anstieg der durchschnittlichen Arbeitszeit im dritten Quartal (2,8%) bei. Schätzungen des ifo Instituts auf Basis von Unternehmensbefragungen zufolge setzte sich die positive Entwicklung bei der Kurzarbeit auch im Oktober 2021 fort. Die Zahl der Kurzarbeiter betrug nunmehr knapp 600 000 Personen.[18] Allerdings kam es im November 2021 zu einem Anstieg auf knapp 610 000 Personen, was vor allem auf eine verstärkte Inanspruchnahme von Kurzarbeit im Gastgewerbe sowie in einigen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes zurückzuführen ist.

Im Winterhalbjahr 2021/2022 wird die Erwerbstätigkeit nahezu unverändert bleiben, da die Bekämpfung der vierten Welle der Pandemie zu Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten führen wird. Damit dürften auch Kurzarbeit sowie die pandemiebedingten Ausfallzeiten zunehmen, sodass die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer wohl stagnieren wird. Erst ab dem zweiten Quartal 2022 ist im Zuge einer kräftigeren Produktionszunahme eine Belebung am Arbeitsmarkt zu erwarten. Insgesamt dürfte im Jahres 2021 die Erwerbstätigkeit stagnieren und im Folgejahr um ca. 250 000 Personen bzw. 0,6% zunehmen (vgl. Tabelle 10).

Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm im Zuge des kräftigen Beschäftigungsaufbaus seit Mai 2021 um fast 300 000 Personen ab. Im November 2021 waren 2,4 Millionen Personen als arbeitslos registriert. Die Arbeitslosenquote betrug 5,3%. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte infolge der schwachen Beschäftigungsentwicklung aber vorübergehend schwächer ausfallen. Insgesamt dürfte die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 5,7% und im Jahr 2022 5,1% betragen. Im Folgejahr ist ebenfalls mit einer Arbeitslosenquote von 5,1% zu rechnen. Dies entspricht dem Vorkrisenniveau.

---

17 *Statistik der Bundesagentur für Arbeit*: Tabellen, Realisierte Kurzarbeit (hochgerechnet) (Monatszahlen). Nürnberg, Dezember 2021.

18 Vgl. *ifo Pressemitteilung* 03.12.2021, Kurzarbeit steigt wieder.

Tabelle 10

Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2020 und 2021

	2020	2021[1]	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland)[1]	40 860	40 934	74	0,2
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 579	33 860	281	0,8
Geförderte[2]	126	130	4	3,2
nicht geförderte	33 453	33 730	277	0,8
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 290	4 110	–180	–4,2
sonstige	2 991	2 964	–27	–0,9
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	4 038	3 930	–108	–2,7
geförderte Selbstständigkeit	21	20	–1	–4,8
nicht geförderte Selbstständigkeit	4 017	3 910	–107	–2,7
Erwerbstätige (Inland)	44 898	44 864	–34	–0,1
darunter:				
staatlich subventionierte Erwerbstätige	3 086	1 973	–1 113	–36,1
geförderte Erwerbstätige[3]	147	150	3	2,0
Kurzarbeit	2 939	1 823	–1 116	–38,0
ungeförderte Erwerbstätigkeit	41 812	42 891	1 079	2,6
nachrichtlich:				
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland)	0,6	6,6		

[1] Prognose des IWH – [2] Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – [3] Geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung; Geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Das Erwerbspersonenpotenzial ist – nach einer langen Phase der Zunahme – im Zuge der Pandemie im Jahr 2020 um ca. 24 000 gesunken. Im Jahr 2021 wird der Rückgang wohl etwa 120 000 betragen.[19] Dies ist zum einen dadurch bedingt, dass wegen der Pandemie deutlich weniger Arbeitskräfte aus dem Ausland nach Deutschland zu Erwerbszwecken eingereist sind. Zum anderen hat die Erwerbsbeteiligung aufgrund der ungünstigen Arbeitsmarktlage vorübergehend erheblich abgenommen.[20] Nach Einschätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ist der Rückzug vom Arbeitsmarkt allerdings nur temporär. Die Stagnation der Erwerbsbeteiligung während der Pandemie dürfte bereits im Jahr 2022 aufgrund der ungünstigen demographischen Entwicklung überwunden werden. Im Zusammenspiel aus demographischer Entwicklung, Erwerbsbeteiligung und Migration wird für das Jahr 2022 mit einer Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials um etwa 140 000 Personen gerechnet.

Kaum Reallohnzuwächse aufgrund von kräftiger Inflation

Die Tarifverdienste stiegen im Jahr 2021 durch die Corona-Pandemie merklich geringer als zuvor. Zwar galten noch teilweise Verträge aus der Vor-Pandemiezeit, aber der Einfluss der geringen Erhöhungen in den neuen Abschlüssen war bereits deutlich sichtbar. Im Sommer 2021 kam es durch die wirtschaftliche Erholung, den Einfluss von höheren Inflationsraten und eine sich wieder verstärkende Arbeitskräfteknappheit wieder zu etwas höheren Neuabschlüssen. Allerdings gibt es nach wie vor Stockungen bei den Tarifverhandlungen in einzelnen Branchen wie beispielsweise bei Banken und im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Zuletzt gab es neue Abschlüsse im Groß- und Einzelhandel, im Baugewerbe und im Öffentlichen Dienst der Länder. Zentrale Bestandteile sind dabei Nullmonate, Corona-Prämien und auch relativ kräftige Stufenerhöhungen. Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen deuten auch für demnächst zu verhandelnden Tarifverträge auf stärkere Lohnsteigerungen hin.

Insgesamt werden die Tarifverdienste im laufenden Jahr vergleichsweise schwach um 1,3%, 2022 um 2,6% und im Jahr 2023 um 2,2% steigen (vgl. Tabelle 11).

[19] Vgl. *Fuchs, J.; Gartner, H.; Hellwagner, T.; Hummel, M.; Hutter, C.; Wanger, S.; Weber, E.; Zika, G.*: IAB-Prognose 2021/2022: Arbeitsmarkt auf Erholungskurs. IAB-Kurzbericht 20/2021, 9.

[20] Vgl. auch OECD Economic Outlook, December 2021, 36.

Die Effektivverdienste je Beschäftigten wurden auch im Jahr 2021 stark von Kurzarbeit beeinflusst. Nachdem im Jahr 2020 die kräftige Zunahme der Kurzarbeit die Effektivlöhne merklich dämpfte, kam es ab dem zweiten Quartal 2021 zu einem deutlichen Abbau der Kurzarbeit und damit zu einem kräftigen Lohnanstieg. Mit dem Abbau der Lieferengpässe im Verlauf des Jahres 2022 dürften die Löhne nochmals deutlich zulegen.

Tabelle 11
Tarifliche Monatsverdienste und Effektivverdienste je Arbeitnehmer
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2020	2021	2022	2023
Tarifliche Monatsverdienste mit Sonderzahlungen	2,2	1,3	2,6	2,2
Effektivverdienste je Arbeitnehmer	–0,1	3,4	3,9	2,8
Lohndrift	–2,3	2,1	1,3	0,6
Nachrichtlich: reale Lohnstückkosten	1,8	–2,1	–2,8	–1,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

Die Erhöhung des Mindestlohnes auf 9,82 Euro je Stunde ab Januar 2022 und auf 10,45 Euro je Stunde ab Juli 2022 dürften rein rechnerisch die Bruttolöhne und -gehälter um etwa 0,2 Prozentpunkte erhöhen. Wenn im Jahr 2023 der Mindestlohn dann auf 12 Euro steigen sollte[21], könnte dies rein rechnerisch sogar zu einer Erhöhung der Bruttolöhne und -gehälter um 0,8 Prozentpunkte führen. Bei einer solchen Erhöhung würden dann wohl mehr als ein Fünftel aller Beschäftigten zu Mindestlohnempfängern werden. Das dürfte nicht zuletzt Folgen auf die Lohnverteilung haben und die bisherigen Lohnabstände zwischen Ungelernten und Facharbeitern deutlich reduzieren. Auch dürften bisherige Beschäftigungsverhältnisse aufgrund der hohen Lohnkosten in geringem Umfang wegfallen, und ein Teil der höheren Lohnkosten wird auf die Güterpreise umgelegt werden. Dies wird sich auch in der Inflationsrate niederschlagen, was den Effekt der Mindestlohnerhöhung auf die Reallöhne verringert.

Die Lohnstückkosten, die durch die Corona-Krise kräftig zugenommen hatten, dürften im weiteren Prognoseverlauf wieder deutlich geringer steigen, real sogar zurückgehen.

Außenhandel: Lieferengpässe und Pandemiegeschehen bremsen Erholung aus

Der Außenhandel wurde im Jahr 2021 von der Corona-Pandemie und durch Knappheiten bei Vorleistungsgütern weiterhin deutlich beeinträchtigt, die erwartete Erholung ist insbesondere im zweiten Halbjahr weitgehend ausgebremst worden.

Zu Jahresbeginn expandierten die Exporte recht kräftig, wenngleich mit deutlich geringerer Dynamik als im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres (vgl. Abbildung 12). Dabei stiegen die Exporte von Waren und von Dienstleistungen gleichermaßen. Einem stärkeren Anstieg wirkte der vollends vollzogene Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union zum Jahreswechsel 2020/2021 entgegen. Die nominalen Warenexporte dorthin brachen zu Jahresbeginn regelrecht ein. Darüber hinaus haben produktionsseitige Engpässe einen stärkeren Anstieg der Warenexporte insgesamt verhindert. Das Ausfuhrvolumen konnte nicht mit den Bestellungen aus dem Ausland Schritt halten, die bereits im ersten Quartal wieder etwa 10% über ihrem Vorkrisenniveau lagen. Die Ausfuhren im Kraftwagensektor gingen sogar zurück; besonders in diesem Bereich klagten Unternehmen über fehlende Vorprodukte. Im zweiten und insbesondere im dritten Quartal verschlechterte sich diese Situation noch, die Warenausfuhren in die meisten Absatzmärkte gingen nunmehr zurück: so in die EU-Länder, aber auch nach Großbritannien, in die Vereinigten Staaten und nach Asien. Besonders deutlich war der Rückgang in die mittelosteuropäischen Länder Slowakei, Tschechien, Ungarn und Polen, was vor allem auf die Krise im Automobilsektor zurückzuführen sein dürfte. Bei den Dienstleistungsausfuhren hat sich die Lage im dritten Quartal verbessert, was vor allem auf die stark gestiegenen Reisedienstleistungen mit der Rücknahme pandemiebedingter Einschränkungen zurückzuführen sein dürfte).

Auch bei den Einfuhren zeigte sich im dritten Quartal ein ähnliches Bild wie bei den Warenausfuhren (vgl. Abbildung 13): ein deutlicher Rückgang auf allen Bezugsmärkten, allen voran Großbritannien sowie Mitteleuropa (Slowakei, Tsche-

[21] *Koalitionsvertrag 2021-2025:* Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, 69–70.

chien, Ungarn, Polen) aber auch die Vereinigten Staaten. Die Dienstleistungsimporte hingegen expandierten im dritten Quartal außerordentlich stark (14,9%), wohl vor allem infolge der Reisetätigkeit, die ab dem Ende des zweiten Quartals Fahrt aufgenommen hat. Hier wirkte sich wohl im Gegensatz zu den Exporten der höhere Reiseverkehrsanteil an den Dienstleistungen insgesamt aus.

Abbildung 12
Reale Exporte
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

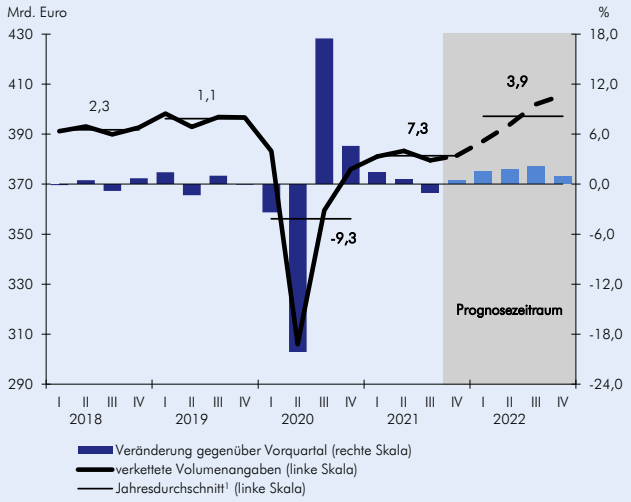
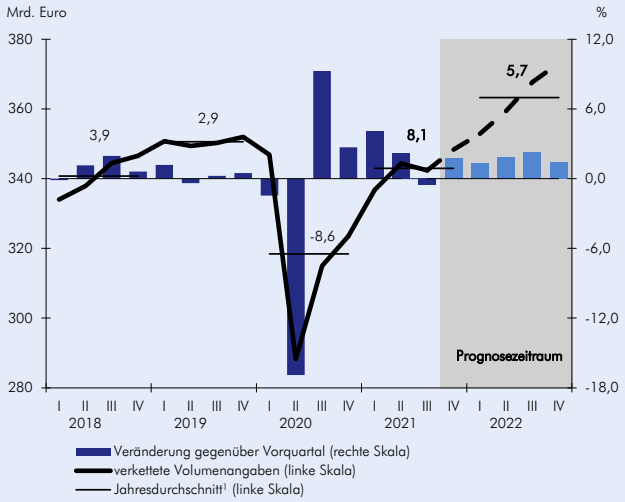


Abbildung 13
Reale Importe
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Die nationalen Frühindikatoren für die Außenwirtschaft geben gemischte Signale. Sie spiegeln auch ein wieder stärkeres Pandemiegeschehen wider. Die Auftragseingänge aus dem Ausland befinden sich auf hohem Niveau, zuletzt gaben sie aus dem Euroraum aber etwas nach. Die Exporte dürften ab dem Frühjahr 2022 im Zuge der schrittweisen Rücknahme der pandemiebedingten Einschränkungen wieder steigen Die Einfuhren werden nach einem pandemiebedingt schwachen Winterhalbjahr im Zuge der schrittweisen Lockerung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und der damit verbundenen Belebung des Binnenkonjunktur und des internationalen Tourismus im Frühjahr 2022 mit kräftigen, im weiteren Prognoseverlauf abnehmenden Raten expandieren. Insgesamt dürften die Exporte im Jahr 2021 um 7,3% und im kommenden Jahr um 3,9% expandieren. Die Importe legen im Jahr 2021 um 8,1% zu und im nächsten Jahr um 5,7%. Für die Terms-of-Trade ergibt sich im Jahr 2021 eine Verschlechterung von 1,9%. Im weiteren Prognosezeitraum werden sie sich unter der Annahme konstanter nominaler Wechselkurse und eines nur wenig steigenden Rohölpreises zunächst weiter leicht verschlechtern und zum Ende des Prognosezeitraums wieder deutlich verbessern. Der Saldo der deutschen Leistungsbilanz wird von 7,0% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (234 Mrd. Euro) im Jahr 2020 auf 6,5% in diesem Jahr (235,5 Mrd. Euro) sinken und im kommenden Jahr 5,7% (223 Mrd. Euro) betragen. Dazu trägt neben einer Zunahme der Dienstleistungsimporte auch der kräftige Anstieg der Importpreise bei (vgl. Tabelle 12).

Tabelle 12
Indikatoren zur Außenwirtschaft

	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	–9,3	7,3	3,9	3,7
Importe, real	–8,6	8,1	5,7	4,3
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	43,4	46,4	47,3	48,0
Importe, nominal	37,7	41,3	43,0	43,2
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	192,8	179,8	162,5	189,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

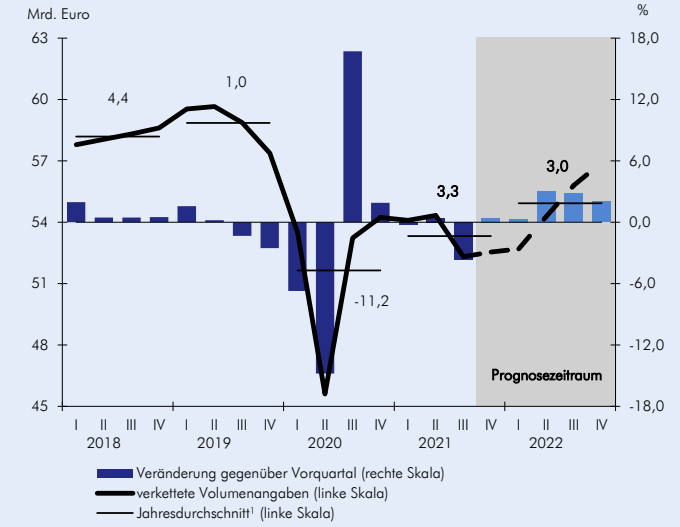
Schwache Dynamik bei Ausrüstungsinvestitionen durch anhaltende Lieferengpässe

Im dritten Quartal 2021 sind die Investition in Ausrüstungen um 3,7% gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen, da sich die Lieferengpässe bei den Investitionsgüterproduzenten abermals zugespitzt haben. Laut einer Umfrage des

Abbildung 14

Reale Investitionen in Ausrüstungen

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2021: Prognose des IWH.

ifo Instituts sehen auch aktuell über 86% der im Maschinenbau und 88% der im Fahrzeugbau tätigen Firmen noch deutliche Engpässe bei der Beschaffung von Vorprodukten und Rohstoffen.[22] Demnach dürften sich die Ausrüstungsinvestitionen auch im Winterhalbjahr 2021/22 wohl nur schwach entwickeln, da die Lieferschwierigkeiten die Anschaffungen weiter beeinträchtigen. Die monatlichen Produktionszahlen der Investitionsgüterhersteller deuten am aktuellen Rand nur auf eine schwache Dynamik hin. Hinzu kommt, dass die Lager der Investitionsgüterproduzenten zunehmend leer sind und die jüngsten Auftragseingänge insbesondere aus dem Ausland rückläufig waren. Die Produktionserwartungen der inländischen Unternehmen stiegen hingegen laut ifo Umfrage zuletzt wieder an, sodass nach Auflösung der Engpässe eine kräftige Ausweitung der Ausrüstungen im Sommer 2022 zu erwarten sein dürfte. Ferner dürfte wohl auch ein Teil der aufgeschobenen Investitionsvorhaben nachgeholt werden (vgl. Abbildung 14). Mit Auslaufen der Nachholeffekte dürften die Ausrüstungsinvestitionen wieder zu einer normalen Dynamik am Ende des Prognosezeitraums zurückfinden. Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen mit 3,3% im laufenden Jahr zulegen. In den beiden kommenden Jahren dürften sie dann mit Raten von 3,0% und 4,6% expandieren. Es ist davon auszugehen, dass auch die Preise im Zuge der anhaltenden Lieferengpässe weiter überdurchschnittlich ansteigen werden.

Die Investitionen in sonstige Anlagen sind von den Lieferengpässen nur wenig beeinflusst und dürften im Prognosezeitraum mit vergleichsweise stabilen Raten ausgeweitet werden. Durch einen starken Rückgang im ersten Quartal 2021 ergibt sich für das laufende Jahr jedoch nur eine schwache Rate von 0,3%. In den Jahren 2022 und 2023 dürften sie mit 3,8% und 3,4% zulegen.

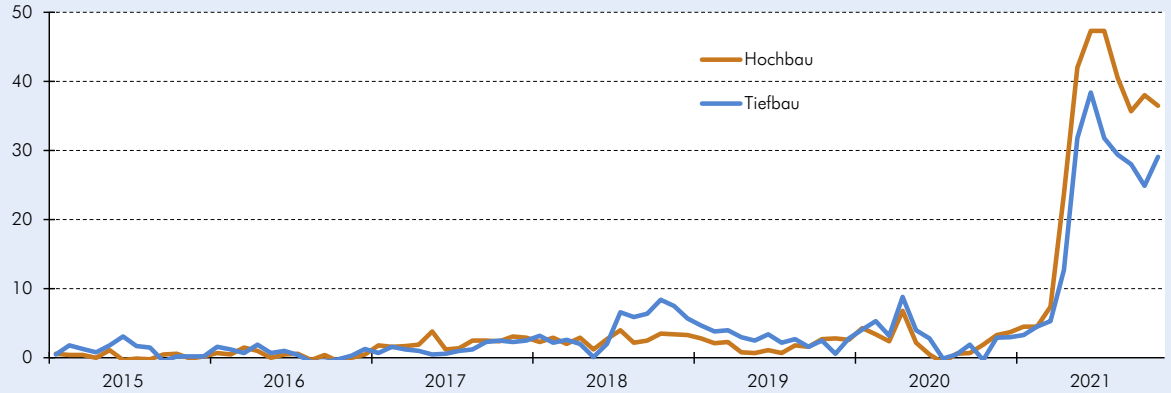
Bauten weiterhin robust trotz langsameren Tempos

Die Bautätigkeit war im Verlauf des Jahres 2021 von zahlreichen Sonderfaktoren beeinflusst: So kam es im ersten Quartal zu einem leichten konjunkturellen Dämpfer, nachdem zum Jahresende 2020 die Bauinvestitionen durch mehrwertsteuerbedingte Vorzieheffekte stark ausgeweitet wurden. Im weiteren Verlauf haben trotz voller Auftragsbücher Materialengpässe bei wichtigen Baurohstoffen wie Holz und Stahl die Bautätigkeit ausgebremst, sodass die Entwicklung im dritten Quartal sogar rückläufig war. Wenngleich sich seit Sommer ein Rückgang der Materialknappheiten abzeichnete ist zum Jahresende 2021 eine anhaltende Behinderung zu beobachten (vgl. Abbildung 15). Auch die Preise für Baurohstoffe, insbesondere Holz und Stahl haben im Oktober gegenüber dem Vorjahr um 76% bzw. 56% zugelegt (vgl. Abbildung 16). Die bis September vorliegenden nominalen Umsätze im Bauhauptgewerbe nahmen zuletzt weiter zu. Die Finanzierungsbedingungen für Bauinvestitionen sind weiterhin sehr günstig.

Da die Baugenehmigungen in den letzten Monaten rückläufig waren und Auftragseingänge zuletzt nur mäßig ausgeweitet wurden, dürften die Wohnbauinvestitionen im vierten Quartal 2021 nur schwach expandiert haben. Volle Auftragsbücher und neue Aufträge dürften dazu führen, dass die Wohnbauten ab dem Frühjahr wieder dynamisch zulegen. Die Finanzierungskosten für Wohnungsbaukredite dürften im Prognosezeitraum weiterhin günstig bleiben. Ferner dürften auch in der Pandemie aufgestaute Ersparnisse und die im Koalitionsvertrag zugesicherte finanzielle Unterstützung des Bundes für den sozialen Wohnungsbau die Finanzierung von Wohnbauinvestitionen ermöglichen.

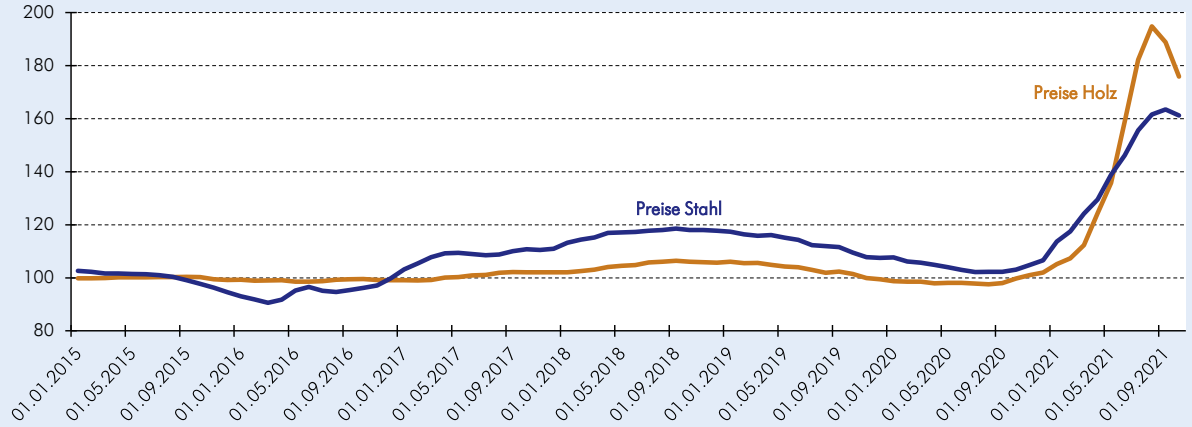
22 *ifo Institut*: Materialmangel in der Industrie verstärkt. Pressemitteilung vom 29. November 2021.

Abbildung 15
Unternehmensbefragungen zu Produktionshemmnissen im Bau
In %



Quelle: ifo-Konjunkturumfrage.

Abbildung 16
Preise für Baurohstoffe
Index 2015=100



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Dämpfend wirken dagegen die zuletzt stark gestiegenen Preise (im dritten Quartal um 5,3% gegenüber dem Vorquartal). Insgesamt dürften die Wohnbauinvestitionen in diesem Jahr um 2,3% zulegen. Für die Folgejahre ist mit einer Expansionsrate von 1,4% und 2,0% zu rechnen (vgl. Tabelle 13).

Im gewerblichen Bau ist zum Jahresende 2021 mit einem Rückgang zu rechnen, dafür sprechen die im Sommer schwachen Auftragseingänge sowie Unternehmensbefragungen im Bausektor. Im kommenden Jahr dürfte mit dem Abklingen der Materialengpässe zumindest ein Teil der geplanten Bautätigkeit nachgeholt werden. Die finanzielle Situation vieler Unternehmen dürfte sich dann wieder deutlich verbessern und es ihnen ermöglichen, verschobene Investitionen nachzuholen. Für das Gesamtjahr 2021 ergibt sich eine Zunahme des gewerblichen Baus von 1,2%. Für das Jahr 2022 ist mit einem Rückgang um 0,5% zu rechnen, da der Start ins neue Jahr gedämpft sein dürfte, für das Jahr 2023 mit einem Zuwachs um 1,2%.

Tabelle 13
Reale Anlageinvestitionen in Deutschland
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

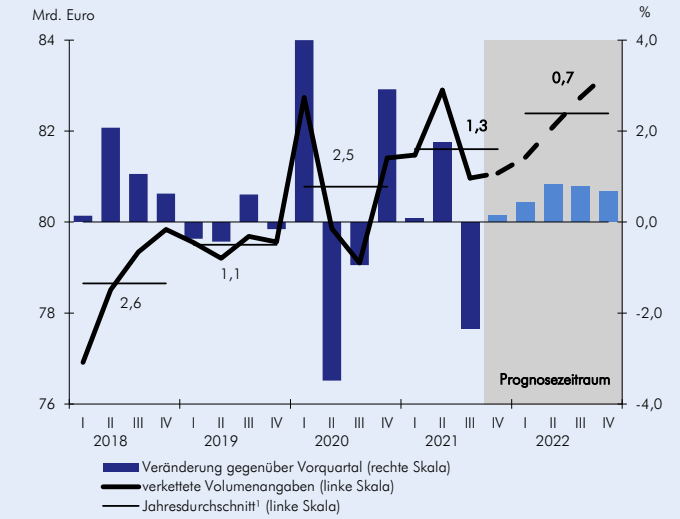
	2020	2021	2022	2023
Anlageinvestitionen insgesamt	–2,2	1,7	1,9	2,9
Bauinvestitionen insgesamt	2,5	1,3	0,7	1,8
Wohnbauten	3,4	2,3	1,4	2,0
Nichtwohnbauten insgesamt	1,1	–0,2	–0,4	1,3
gewerbliche Bauten	–0,7	1,2	–0,5	1,2
öffentliche Bauten	4,9	–3,2	–0,2	1,5
Ausrüstungen	–11,2	3,3	3,0	4,6
Sonstige Anlagen	1,0	0,3	3,8	3,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

Abbildung 17

Reale Bauinvestitionen

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Die öffentlichen Bauinvestitionen sind im dritten Quartal kräftig eingebrochen, und sie dürften auch im Schlussquartal nur schwach zulegen. So waren die Auftragseingänge im öffentlichen Hochbau zuletzt rückläufig. Die finanzielle Lage der Kommunen ist weiterhin angespannt, was die Planung größerer Bauprojekte erschweren wird. In den kommenden beiden Jahren dürften jedoch zunehmend Mittel aus den Konjunktur- und Zukunftspaketen fließen und die öffentlichen Bauinvestitionen in Hoch- und Tiefbau merklich beleben. Für das Jahr 2021 ergibt sich ein Rückgang der öffentlichen Investitionen um 3,2%. Auch für das kommende Jahr ist mit einem schwachen Start zu rechnen, sodass sich für das Jahr 2022 insgesamt auch ein Rückgang um 0,2% ergibt.

Für die Bauinvestitionen insgesamt ergibt sich ein Anstieg um 1,3% in diesem Jahr. In den Folgejahren ist mit einer Expansion um 0,7% und 1,8% zu rechnen (vgl. Abbildung 17). Die Baupreise dürften auch im Winterhalbjahr kräftig steigen. Der Deflator der Bauinvestitionen im laufenden Jahr dürfte um 8,4% zunehmen, so stark wie nie zuvor seit der Wiedervereinigung. Auch für das nächste Jahr ist mit kräftigen Preissteigerungen zu rechnen, da durch langfristige Lieferverträge Preisfriktionen bestehen.

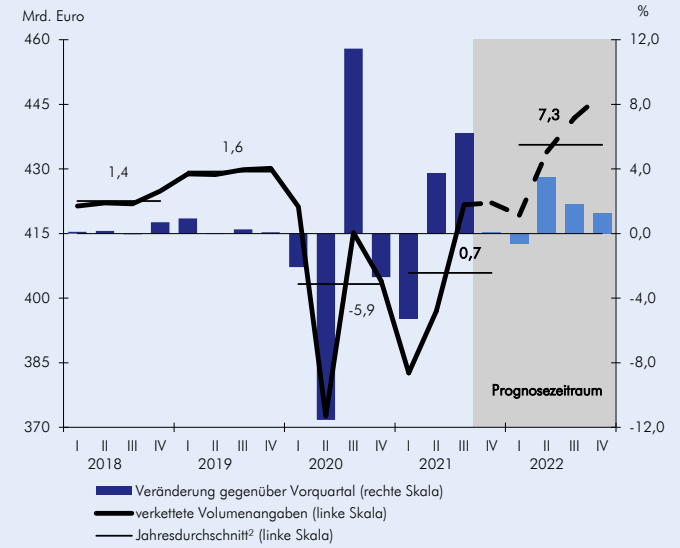
Privater Konsum holt in dem Maße auf, wie die Pandemie abebbt

Die privaten Haushalte konsumierten ab dem zweiten Quartal 2021 wieder deutlich mehr. Vor allem im Einzelhandel und im Dienstleistungsbereich kam es zu Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen, und Käufe waren ohne große Einschränkungen wieder möglich. Im dritten Quartal 2021 war insbesondere das kräftige Aufholen im Gastgewerbe für den starken Anstieg des Privaten Konsums verantwortlich (vgl. Abbildung 18). Hingegen ging vom Einzelhandel zuletzt kein Impuls mehr aus, und auch die Kfz-Umsätze stiegen nur wenig. Insgesamt lagen die privaten Konsumausgaben im Sommerquartal nur wenig über denen des ersten von der Corona-Pandemie beeinflussten Quartals im Jahr 2020. Derzeit steigen die Corona-Infektionen, die Impfdurchbrüche und Krankenhauseinweisungen kräftig, sodass wieder vielfältige Restriktionen erlassen wurden, die letztlich den privaten Konsum einschränken. Damit wächst selbst für Geimpfte die Unsicherheit, ob bestimmte Dienstleistungen beispielsweise im Gastgewerbe in den nächsten Wochen in Anspruch genommen werden können. Zwar haben das Konsumklima und die Anschaffungsnei-

Abbildung 18

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte[1]

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – [2] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2021: Prognose des IWH.

gung der privaten Haushalte laut Umfragen der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) zuletzt nur wenig nachgegeben, der weitere Verlauf der privaten Konsumausgaben wird aber vor allem von den politisch bestimmten Pandemierestriktionen bestimmt werden. Zudem belastet die höhere Inflation das Budget. Auch dürften demnächst weitere Belastungen wie die nächsten Stufen der CO_2-Bepreisung oder Verpflichtungen, zu energetischen Modernisierungen die realen Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte einschränken.

Tabelle 14
Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte[1] in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

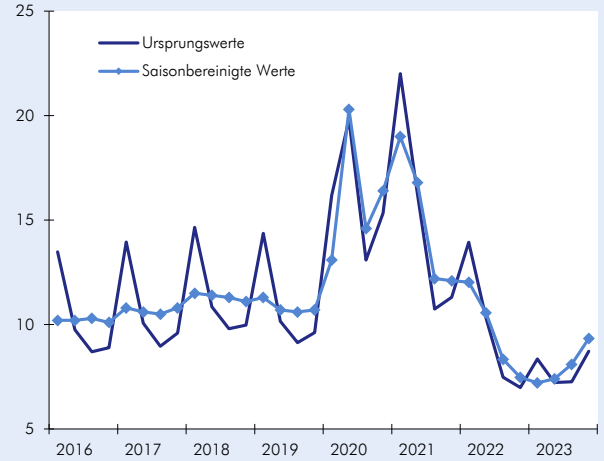
	2020	2021	2022	2023
verfügbare Einkommen, nominal	0,8	2,6	4,3	3,1
darunter:				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	–0,1	4,6	3,3	2,6
monetäre Sozialleistungen	8,1	3,0	2,3	4,2
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	–6,5	–0,1	6,2	2,6
Sparen	49,6	–4,0	–33,2	–15,5
private Konsumausgaben, nominal	–5,3	3,9	10,8	5,1
nachrichtlich:				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	–0,7	3,6	4,5	3,3
Sparquote (in %)	16,1	15,0	9,6	7,9
Preisindex des privaten Konsums	0,6	3,1	3,3	2,3
private Konsumausgaben, real	–5,9	0,7	7,3	2,7

[1] Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

Die verfügbaren Einkommen sind im Jahr 2021 durch die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlages zu Jahresbeginn, die Erhöhung des Kindergeldes sowie durch Rückgang der Kurzarbeit deutlich gestiegen (vgl. Tabelle 14). Allerdings gab es durch das gleichzeitige Anziehen der Inflation deutliche Kaufkraftverluste.

Abbildung 19
Sparquote[1] der privaten Haushalte



[1] Anteil des Sparens in % an der Summe von Verfügbaren Einkommen und Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab dem vierten Quartal 2021: Prognose des IWH.

Im Jahr 2022 dürften kräftige Rentenerhöhungen, die rechnerischen Lohnzuwächse infolge des Rückgangs der Kurzarbeit und ein weiterer Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter die verfügbaren Einkommen deutlich steigen lassen. Die nur langsam abklingende Inflation schmälert die real verfügbaren Einkommen allerdings noch eine Weile. Im Jahr 2023 dürfte dann wohl die anvisierte Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro je Stunde einen merklichen Einfluss auf die Einkommen der privaten Haushalte haben. Insgesamt dürften damit die verfügbaren Einkommen wohl etwas langsamer zulegen als im Jahr zuvor.

Die Sparquote, die durch die pandemiebedingten Konsumrestriktionen stark gestiegen war, ist im Sommer 2021 bereits wieder deutlich gesunken und dürfte im weiteren Prognoseverlauf temporär unter ihren langjährigen Durchschnitt fallen (vgl. Abbildung 19).

Alles in allem werden die privaten Konsumausgaben im Jahr 2021 um 0,7% steigen, im Jahr 2022 dann um 7,3% deutlich stärker zulegen und zum Ende des Prognosezeitraums um 2,7% zunehmen.

Inflation geht nur langsam zurück

Nachdem die Verbraucherpreise bereits im Sommer 2021 deutlich zugelegt hatten, haben sie im Oktober und im November nochmals kräftig angezogen. Zuletzt lag die Inflationsrate bei 5,2%. Vor allem die kräftig gestiegenen internationalen Energie- und Erzeugerpreise trieben die Inflation in Deutschland an. Die stark gestiegenen Erdgaspreise dürften aufgrund vielfach vorhandener langfristiger Verträge mit den Gasversorgern erst zu Beginn des Jahres 2022 die Verbraucher erreichen. Neben den Energiepreisen ist die derzeit hohe Inflationsrate auch noch auf einen Basiseffekt der in der zweiten Jahreshälfte 2020 vorübergehend abgesenkten Mehrwertsteuersätze zurückzuführen. Dieser Effekt dürfte die Inflationsrate um rund einen Prozentpunkt erhöht haben und wird zu Beginn des Jahres 2022 auslaufen. Allerdings erfolgt zum gleichen Zeitpunkt die weitere Erhöhung der CO_2-Bepreisung, die trotz Senkung der

EEG-Umlage per Saldo zu einem weiteren Preisanstieg um 0,2 Prozentpunkte führen dürfte. Auch im Jahr 2023 dürfte die nächste Stufe der CO_2-Bepreisung nochmals zu einem spürbaren Preisauftrieb führen.

Der Ölpreis dürfte im Prognosezeitraum nicht stark steigen, sodass der inflationstreibende Effekt durch den Ölpreis deutlich abnimmt. Die stark gestiegenen Gaspreise erhöhen nicht nur die Energiepreise der Verbraucher deutlich, sondern haben auch Einfluss auf eine Reihe von Produkten, zu deren Herstellung große Mengen an Gas eingesetzt werden, wie beispielsweise Stickstoffdünger oder den für einige Dieselfahrzeuge notwendigen Add Blue-Zusatz. Deutliche Preissteigerungen bei diesen Gütern dürften letztlich zeitversetzt über die Wertschöpfungskette an den Endverbraucher weitergegeben werden. Auch die beschlossenen Mindestlohnerhöhungen werden wohl teilweise auf die Verbraucherpreise umgelegt werden. Damit dürfte auch die Kernrate weiterhin recht hoch bleiben. Alles in allem wird die Inflation im Jahr 2021 mit 3,1% deutlich über der Inflation der Vorjahre liegen. Im nächsten Jahr dürften die Verbraucherpreise dann nochmals kräftiger um 3,1% steigen und im Jahr 2023 um 2,5%.

Im Winterhalbjahr zweigleisige Entwicklung in der Produktion

Das Bruttoinlandsprodukt hat im dritten Quartal 2021 um 1,7% zugenommen. Zu dieser kräftigen Expansion haben die Wirtschaftsbereiche recht unterschiedlich beigetragen (vgl. Tabelle 15). Am stärksten expandierte mit 95% die Produktion im Gastgewerbe. Auch in den Bereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Unternehmensdienstleistungen stieg die Produktion überdurchschnittlich. Im Produzierenden Gewerbe hat die Produktion hingegen weiter abgenommen.

Im vierten Quartal 2021 dürfte die Bruttowertschöpfung stagnieren. Einerseits ist ein positiver Impuls von Seiten des Produzierenden Gewerbes zu erwarten. Hierfür sprechen bspw. die starken Produktionszahlen vom Oktober und die jüngsten PKW-Neuzulassungen. Allerdings beurteilten die vom ifo Institut befragten Unternehmen ihre laufenden Geschäfte etwas pessimistischer als in den letzten Monaten. Die Unternehmenserwartungen hingegen hellten sich etwas auf, was vor allem auf die Entwicklung der Automobilindustrie zurückzuführen war.

Tabelle 15

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[1]

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2021				2022			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	–1,9	2,0	1,7	0,0	0,0	2,1	0,9	0,4
Darunter								
Bruttowertschöpfung	–1,1	1,4	1,9	0,0	0,0	2,1	1,0	0,4
darunter								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	–1,2	–0,7	–2,2	1,6	0,8	3,1	2,3	0,9
Verarbeitendes Gewerbe	–1,0	–1,0	–2,2	1,9	0,8	3,3	2,5	0,9
Energie- und Wasserversorgung	–2,6	1,0	–1,7	0,2	0,8	2,0	1,0	0,8
Baugewerbe	–4,8	2,3	–1,2	0,0	0,5	0,9	0,6	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	–2,5	2,3	5,3	–1,8	–0,8	2,8	0,6	0,0
Information und Kommunikation	–0,3	0,5	1,0	0,9	0,7	1,0	0,8	0,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister	–0,5	0,8	2,4	0,6	0,2	0,2	0,2	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,1	0,0	0,5	0,9	0,4	0,3	0,3	0,5
Unternehmensdienstleister	–0,4	2,2	3,4	–0,6	–0,7	3,2	0,6	0,1
öffentliche Dienstleister	–0,3	4,1	3,1	0,0	0,4	0,4	0,3	0,2
sonstige Dienstleister	2,8	–0,1	13,5	–5,8	–3,9	9,6	2,2	0,1

[1] Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

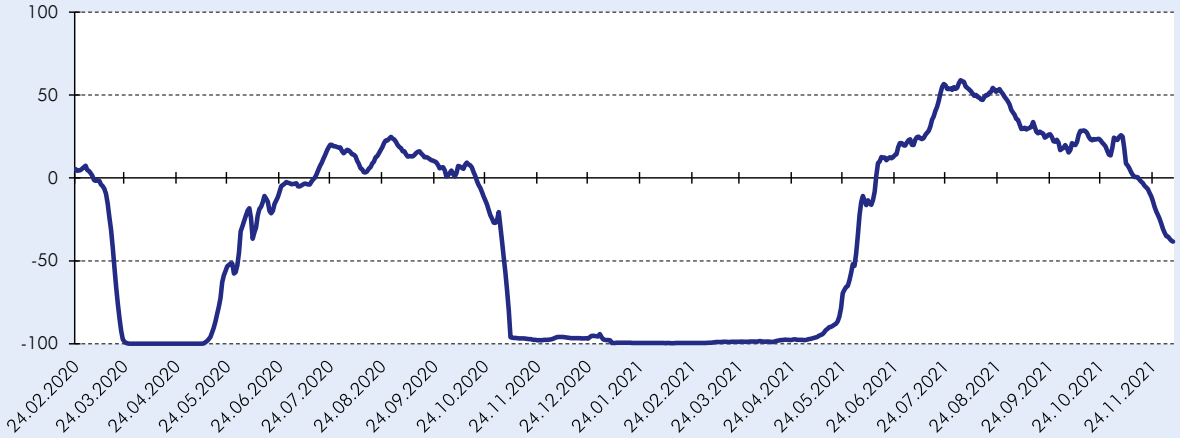
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Die Wertschöpfung im Baugewerbe wird im Vergleich zum Vorquartal nur stagnieren, da die Unternehmen weiterhin mit Materialknappheiten und Preissteigerungen zu kämpfen haben. Auf der anderen Seite ist von den Dienstleistungssektoren insgesamt ein negativer Impuls zu erwarten. In den von der Pandemie besonders betroffenen Sektoren Handel, Verkehr und Gastgewerbe, Unternehmensdienstleister sowie Sonstige Dienstleister, dürfte die Wertschöpfung im Winterhalbjahr zurückgehen. Darauf deuten Indikatoren zum Mobilitätsverhalten und Restaurantbuchungen hin (vgl. Abbildungen 20 und 21). Allerdings wird der Rückgang nicht so stark ausfallen wie während des allumfassenden Lockdowns im vergangenen Winter. Die übrigen Dienstleistungsbereiche dürften ihre Produktion ausweiten. Alles in allem wird die Bruttowertschöpfung im vierten Quartal wohl nur stagnieren.

Abbildung 20
Mobilitätsdaten von Google im Einzelhandel und Bereich Erholung
Gleitende 7-Tage-Durchschnitte

Quelle: COVID-19 Community Mobility Reports (https://www.google.com/covid19/mobility/).

Abbildung 21
Restaurantreservierungen
Gleitende 7-Tage-Durchschnitte; Abweichung gegenüber 2019 in %



Quelle: Open Table (https://www.opentable.com/state-of-industry).

Im ersten Quartal des Jahres 2022 wird die Produktion abermals stagnieren. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe dürfte zwar angesichts des hohen Auftragsbestands kräftig zunehmen; aber die Dienstleistungsbereiche, vor allem das Gastgewerbe, werden noch weiter unter der Pandemie leiden. Mit Aufhebung der Restriktionen sowie der allmählichen Auflösung der Lieferengpässe dürfte ab dem zweiten Quartal 2022 mit kräftigen Zuwächsen in allen Wirtschaftsbereichen zu rechnen sein. Damit ergibt sich für das Gesamtjahr ein Zuwachs der Bruttowertschöpfung von 3,5%.

Öffentliche Haushalte bleiben im Minus

Im Jahr 2021 werden die öffentlichen Haushalte mit einem ähnlich hohen Defizit abschließen wie im Jahr zuvor. Anders als im Vorjahr werden die Einnahmen des Staates mit der insgesamt wieder anziehenden Konjunktur jedoch zulegen. Dies betrifft vor allem die Steuereinnahmen, auch weil dort temporäre Maßnahmen aus dem Vorjahr entfallen. Die öffentlichen Ausgaben legen im Jahr 2021 zwar verlangsamt, pandemiebedingt aber immer noch kräftig zu. So nehmen die sozialen Sachleistungen und die staatlichen Vorleistungskäufe, bedingt durch Mehrausgaben im Gesundheitswesen, sowie die Subventionen und die geleisteten Vermögenstransfers infolge der Stützungsmaßnahmen für von der Pandemie besonders betroffene Unternehmen spürbar zu. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit beläuft sich auf 4,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2022 nehmen die Einnahmen des Staates mit 3,8% verlangsamt zu. Die Steuereinnahmen expandieren trotz kräftigerer Konjunktur wieder langsamer als im Vorjahr, weil bei den Einkommen- und Vermögensteuern erneut Rechtsänderungen das Aufkommen mindern.[23] Die Produktions- und Importabgaben, die bereits im Vorjahr durch die Wiederanhebung der Mehrwertsteuersätze (und die CO_2-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr) deutlich zugelegt haben, nehmen auch im Jahr 2022 mit der kräftigen Ausweitung der privaten Konsumausgaben und der höheren CO_2-Bepreisung nochmals spürbar zu. Die Nettosozialbeiträge dürften im Jahr 2022 etwas langsamer expandieren, auch weil der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung – anders als im Vorjahr – konstant bleiben wird.[24] Die empfangenen sonstigen laufenden Transfers legen, nach einem starken Anstieg im Jahr 2021, im Folgejahr auf hohem Niveau weiter zu, weil hier die Zuweisungen der EU aus der Aufbau- und Resilienzfazilität verbucht werden. Die empfangenen Vermögenseinkommen des Staates nehmen im Jahr 2022 – nach einem starken Rückgang im Vorjahr – nur mäßig zu, weil davon auszugehen ist, dass die Deutsche Bundesbank, wie bereits im Vorjahr, aufgrund der gestiegenen Risiken durch die Anleihenkäufe der Europäischen Zentralbank erneut ihre Wagnisrückstellungen aufstocken und deshalb auch im Jahr 2022 keinen Gewinn an den Bund ausschütten wird.

Im Jahr 2023 legen die öffentlichen Einnahmen mit 4,8% wieder etwas beschleunigt zu. So expandieren die Steuereinnahmen dann wieder etwas kräftiger. Zwar nimmt das Bruttoinlandsprodukt deutlich verhaltener zu als im Jahr zuvor, Steuerrechtsänderungen wirken dann aber insgesamt weniger einnahmemindernd. Hingegen nehmen die Nettosozialbeiträge beschleunigt zu, auch weil der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung und der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung steigen werden. Ebenso dürften die empfangenen Vermögenseinkommen dann wieder deutlich expandieren, weil in dieser Prognose unterstellt ist, dass die Bundesbank im Jahr 2023 wieder einen Gewinn an den Bund ausschüttet.

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2022 nahezu stagnieren. Die sozialen Sachleistungen werden zwar etwas langsamer als im Vorjahr, aufgrund vor allem in der ersten Jahreshälfte nach wie vor vorhandener, pandemiebedingter Mehrausgaben aber dennoch deutlich expandieren. Auch die Arbeitnehmerentgelte nehmen vor dem Hintergrund der beschlossenen Tariferhöhungen weiter zu, wenn auch nicht ganz so kräftig wie im Jahr 2021, als zusätzlich Personalaufstockungen ausgabesteigernd wirkten. Die öffentlichen Investitionen werden mit dem Anlaufen investiver Maßnahmen aus dem Zukunftspaket und der hohen Preisdynamik am Bau spürbar ausgeweitet. Hingegen nehmen die monetären Sozialleistungen im Jahr 2022 verhalten zu. Zwar dürfte die Rentenanpassung zum 1. Juli 2022 mit 4,4% relativ hoch ausfallen. In der ersten Hälfte des Jahres wirkt aber noch die Nullrunde bei den Renten vom Vorjahr nach. Zudem gehen die arbeitsmarktbezogenen Ausgaben, insbesondere die Zahlung von Kurzarbeitergeld, zurück. Die Subventionen und die geleisteten Vermögenstransfers gehen mit dem Auslaufen pandemiebedingter Ausgaben sogar deutlich zurück. Auch die Zinsausgaben des Staates werden im Jahr 2022, nach einer Stagnation im Vorjahr, wieder spürbar zurückgehen. Alles in allem nehmen die Ausgaben des Staates, nach einem kräftigen Anstieg von 6,3% im Jahr 2021, im Folgejahr um 0,3% zu.

Im Jahr 2023 nehmen die Ausgaben des Staates um 0,9% und damit nur geringfügig stärker zu. Beschleunigt expandieren dann vor allem die monetären Sozialleistungen, deren Anstieg im Vorjahr durch den Wegfall pandemiebedingter Ausgaben gedämpft wurde. Auch die Arbeitnehmerentgelte legen im Jahr 2023 wieder etwas kräftiger zu – hier schlägt sich der seit längerem geplante Personalaufbau in verschiedenen öffentlichen Bereichen nieder. Weil die pandemiebedingten Stützungsmaßnahmen im Jahr 2023 annahmegemäß vollständig entfallen, entwickeln sich die Subventionen und die geleisteten Vermögenstransfers erneut rückläufig. Auch die Vorleistungskäufe, die im Jahr 2022 noch durch Ausgaben im Zusammenhang mit der Impfkampagne auf hohem Niveau stagnieren, gehen im Jahr 2023 zurück.

---

23 Bereits im Jahr 2021 haben diverse steuerliche Maßnahmen – zu nennen sind hier insbesondere der teilweise Abbau des Solidaritätszuschlags und das Zweite Familienentlastungsgesetz – das Steueraufkommen gemindert. Dem standen in jenem Jahr jedoch Mehreinnahmen durch die Wiederanhebung der Mehrwertsteuersätze gegenüber.

24 Bereits im Juli 2021 hatte die Bundesregierung mit dem Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz beschlossen, den gesetzlich vorgesehenen Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung in Höhe von 14,5 Mrd. Euro im Jahr 2022 um 7 Mrd. Euro zu erhöhen. Im November 2021 wurde beschlossen, den Zuschuss im Jahr 2022 um weitere 7 Mrd. Euro aufzustocken, um den durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2022 bei 1,3% zu stabilisieren.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo erhöht sich geringfügig von –4,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 auf –4,1% im Jahr 2021. In den beiden Folgejahren steigt der Budgetsaldo mit den konjunkturbedingt wieder anziehenden Einnahmen und den nach und nach entfallenden pandemiebedingten Mehrausgaben über –2,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 auf –0,6% im Jahr 2023. Der um konjunkturelle und Einmaleffekte bereinigte strukturelle Finanzierungssaldo erhöht sich von –2,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 auf –0,7% im Jahr 2023 (vgl. Tabelle 16). Der strukturelle Primärsaldo verringert sich im Jahr 2021 mit der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik um 0,7 Prozentpunkte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2022 erhöht er sich um 0,5 und im Jahr 2023 um 1,4 Prozentpunkte. Der Bruttoschuldenstand des Staates hat sich in den Jahren 2020 und 2021 infolge der hohen Haushaltsdefizite und der im Zuge der Corona-Pandemie ausgereichten staatlichen Kredite und erworbenen Unternehmensbeteiligungen deutlich erhöht und dürfte zum Ende des Jahres 2021 bei gut 69% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen. Bis zum Jahr 2023 geht er auf ungefähr 63½% zurück. Dieser Rückgang resultiert allerdings allein aus dem kräftigen Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Tabelle 16

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

in Milliarden Euro

	2020	2021	2022	2023
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	–145,2	–146,5	–89,9	–23,2
– Konjunkturkomponente[1]	–74,7	–49,1	–7,4	5,5
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	–70,6	–97,4	–82,5	–28,7
– Einmaleffekte[2]	0,0	0,5	0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	–70,6	–97,9	–82,5	–28,7
+ Zinsausgaben des Staates	21,0	21,0	19,8	18,9
= Struktureller Primärsaldo	–49,6	–76,9	–62,7	–9,8
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	–105,7	–27,3	14,1	52,9
Nachrichtlich:	*In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %*			
Struktureller Finanzierungssaldo	–2,1	–2,7	–2,2	–0,7
struktureller Primärsaldo	–1,5	–2,2	–1,6	–0,2
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	–3,1	–0,7	0,5	1,4

[1] Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – [2] Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

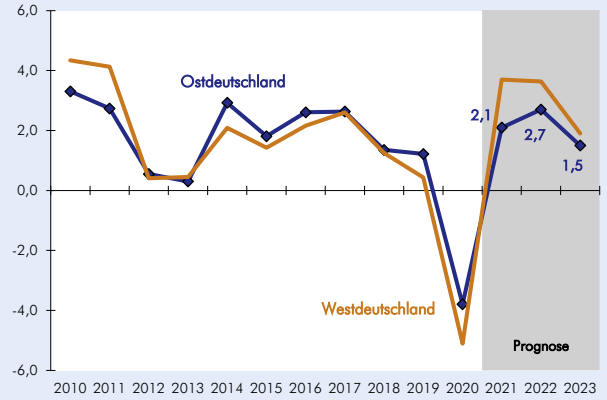
Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sieht eine Vielzahl von Maßnahmen vor allem in den Bereichen Klimaschutz, soziale Sicherung und Bildung vor, die zu Mehrausgaben führen werden. Da jedoch unklar ist, wie die Maßnahmen im Einzelnen ausgestaltet werden sollen und welche Budgetwirkungen damit einhergehen, wurde der Koalitionsvertrag in dieser Prognose nicht berücksichtigt.[25] Zudem ist bislang unklar, inwiefern im Koalitionsvertrag geplante Maßnahmen das Staatskonto überhaupt tangieren. Somit gibt diese Prognose den finanzpolitischen Spielraum für das Jahr 2023 vor, in dem annahmegemäß die Corona-bedingten Maßnahmen ausgelaufen und die europäischen Fiskalregeln sowie die nationale Schuldenbremse wieder eingehalten werden sollen.

Winterwelle trifft Dienstleistungsbranchen in Ostdeutschland besonders schwer

Pandemie und Lieferengpässe belasten die ostdeutsche Wirtschaft ebenso wie in Deutschland insgesamt. Allerdings gibt es regionale Besonderheiten: Das mit den Lieferengpässen kämpfende Verarbeitende Gewerbe hat in Ostdeutschland ein geringeres Gewicht als im Westen, und innerhalb des Wirtschaftszweigs spielt die von den Engpässen besonders betroffene Automobilindustrie eine etwas geringere Rolle. Zudem liegt das Hauptabsatzgebiet für ostdeutsche Exporte in den europäischen Nachbarländern, und diese haben sich im Jahresverlauf besonders gut entwickelt. Entsprechend liegen die Erlöse von Warenexporten aus ostdeutschen Ländern im Zeitraum Januar bis September 18% über Vorjahresniveau, in Gesamtdeutschland nur knapp 15%.

25 So sind etwa im Bereich des Klimaschutzes zahlreiche Fördermaßnahmen vorgesehen, bei denen derzeit unklar ist, ob die Förderung über Subventionen, Transfers oder steuerliche Erleichterungen erfolgen soll.

Abbildung 22
Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland
Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder"; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und ab 2021 Prognose des IWH.

Der andere Bremsfaktor für die Konjunktur, die Pandemie, ist im Osten allerdings besonders gravierend: Anfang Dezember 2021 waren die vier Bundesländer mit den höchsten Inzidenzen Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Hintergrund dürften die recht niedrigen Impfquoten sein. Daraus resultieren schärfere Kontaktbeschränkungen als anderswo. Auch die Bevölkerung reagiert auf die Gesundheitsrisiken: Restaurantbestellungen sind nach dem Open-Table-Indikator in Sachsen Anfang Dezember 2021 auf 24% ihres Niveaus vom Jahr 2019, in Deutschland auf 62%. Die kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen in Ostdeutschland dürften unter der Winterwelle erheblich zu leiden haben. Auch deshalb dürfte die ostdeutsche Produktion im Jahr 2021 mit 2,1% etwas weniger stark als in Westdeutschland zunehmen. Im Jahr 2022 legt das Bruttoinlandsprodukt nach vorliegender Prognose um 2,7% zu, im Jahr 2023 um 1,5% (vgl. Abbildung 22). Die Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit fällt im Jahr 2021 auf 7,1%, in den Jahren 2021 und 2022 dürfte sie bei 6,7% beziehungsweise 6,5% liegen.

Ein speziell im Osten relevantes Konjunkturrisiko stellen die geplanten starken Anhebungen des Mindestlohns dar. Von ihnen sind in Ostdeutschland aufgrund des niedrigeren Lohnniveaus deutlich mehr Arbeitsverhältnisse betroffen als im Westen:[26] Ab Juli 2022 dürften etwa 15% aller Lohnempfänger den Mindestlohn von 10,45 Euro beziehen, und wenn die von der Ampelkoalition vereinbarte Anhebung auf 12 Euro im Juli 2023 kommt, wären es gar deutlich mehr als 25%, falls die Lohnverteilung nicht auf den höheren Mindestlohn reagiert.

[26] Dass Ost und West von einer Mindestlohnanhebung unterschiedlich betroffen sind, zeigen *Brautzsch, H.-U.; Schultz, B.*: Aktuelle Trends: Mindestlohn von 8,50 Euro: Hohe Betroffenheit in arbeitsintensiven Branchen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 21 (1), 2015.

Anhang

Tabelle A 1

Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2020

in Mrd. Euro

			gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	3 050,3	2 055,5	360,5	634,3	–
2	–	Abschreibungen	658,4	383,5	81,8	193,2	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	2 391,9	1 672,0	278,8	441,1	–192,8
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 847,9	1 330,5	284,1	233,2	15,7
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	26,8	16,8	0,6	9,4	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	67,5	46,5	0,1	20,9	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	584,7	371,1	–5,8	219,4	–208,5
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 852,1	–	–	1 852,1	11,4
9	–	geleistete Subventionen	71,3	–	71,3	–	5,0
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	345,9	–	345,9	–	7,0
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	582,2	542,9	21,0	18,3	175,3
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	673,6	327,8	19,8	326,0	83,8
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 802,8	156,0	267,6	2 379,3	–286,5
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	417,2	74,4	–	342,8	10,9
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	427,6	–	427,6	–	0,5
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	746,8	–	–	746,8	3,8
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	747,3	138,5	607,9	0,9	3,2
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	666,7	70,8	595,1	0,9	0,6
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	659,1	–	–	659,1	8,3
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	367,4	198,3	82,5	86,6	57,5
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	315,9	178,6	24,2	113,0	109,1
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 754,6	129,6	649,8	1 975,2	–238,3
23	–	Konsumausgaben	2 462,6	–	754,6	1 708,0	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,9	–	59,9	–
25	=	Sparen	292,0	69,7	–104,8	327,1	–238,3
26	–	geleistete Vermögenstransfers	82,1	19,7	48,0	14,5	4,0
27	+	empfangene Vermögenstransfers	69,7	30,4	15,5	23,8	16,4
28	–	Bruttoinvestitionen	712,2	399,8	90,9	221,5	–
29	+	Abschreibungen	658,4	383,5	81,8	193,2	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–0,5	0,0	–1,2	0,7	0,5
31	=	Finanzierungssaldo	226,3	64,2	–145,2	307,4	–226,3
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 754,6	129,6	649,8	1 975,2	–238,3
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	472,2	–	472,2	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	472,2	–	–	472,2	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 754,6	129,6	177,6	2 447,4	–238,3
36	–	Konsum[3]	2 462,6	–	282,4	2 180,1	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,9	–	59,9	–
38	=	Sparen	292,0	69,7	–104,8	327,1	–238,3

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2021

in Mrd. Euro

			gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	3 225,8	2 194,1	373,9	657,8	–
2	–	Abschreibungen	692,1	404,6	86,9	200,5	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	2 533,8	1 789,5	287,0	457,3	–179,8
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 913,1	1 377,8	293,7	241,6	15,5
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	31,3	19,7	0,5	11,1	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	80,9	56,7	0,1	24,1	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	670,3	448,7	–7,1	228,7	–195,4
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 916,8	–	–	1 916,8	11,8
9	–	geleistete Subventionen	96,3	–	96,3	–	4,7
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	381,6	–	381,6	–	7,2
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	585,6	546,7	21,0	17,8	179,4
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	688,3	357,6	15,1	315,6	76,7
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 975,1	259,5	272,2	2 443,3	–283,8
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	456,9	107,5	–	349,4	11,7
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	468,0	–	468,0	–	0,5
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	771,4	–	–	771,4	4,1
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	772,2	141,3	630,1	0,9	3,3
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	686,6	71,9	613,8	0,9	0,6
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	678,8	–	–	678,8	8,4
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	376,7	197,9	88,9	89,8	60,7
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	327,3	180,2	31,3	115,8	110,1
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 929,9	203,7	698,8	2 027,4	–238,6
23	–	Konsumausgaben	2 579,5	–	805,2	1 774,3	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,8	–	60,8	–
25	=	Sparen	350,3	142,9	–106,4	313,9	–238,6
26	–	geleistete Vermögenstransfers	90,2	20,5	54,5	15,2	4,2
27	+	empfangene Vermögenstransfers	77,6	34,5	16,3	26,8	16,8
28	–	Bruttoinvestitionen	803,9	464,7	90,2	248,9	–
29	+	Abschreibungen	692,1	404,6	86,9	200,5	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–1,6	–1,1	–1,3	0,8	1,6
31	=	Finanzierungssaldo	227,5	97,8	–146,5	276,2	–227,5
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 929,9	203,7	698,8	2 027,4	–238,6
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	503,8	–	503,8	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	503,8	–	–	503,8	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 929,9	203,7	194,9	2 531,2	–238,6
36	–	Konsum[3]	2 579,5	–	301,3	2 278,2	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,8	–	60,8	–
38	=	Sparen	350,3	142,9	–106,4	313,9	–238,6

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2022

in Mrd. Euro

			gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	3 455,0	2 367,5	388,8	698,7	–
2	–	Abschreibungen	741,6	439,4	94,0	208,2	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	2 713,4	1 928,1	294,8	490,5	–162,5
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 993,5	1 439,4	301,7	252,4	16,2
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	36,8	23,2	0,5	13,0	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	44,2	32,9	0,1	11,2	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	727,3	498,4	–7,3	236,3	–178,7
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 997,3	–	–	1 997,3	12,4
9	–	geleistete Subventionen	55,7	–	55,7	–	4,7
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	409,5	–	409,5	–	7,3
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	638,4	601,4	19,8	17,2	185,2
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	748,3	392,4	15,7	340,1	75,3
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 188,4	289,4	342,5	2 556,5	–273,6
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	466,0	98,3	–	367,7	12,2
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	477,7	–	477,7	–	0,6
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	793,3	–	–	793,3	4,3
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	794,4	145,9	647,6	0,9	3,3
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	702,0	73,0	628,1	0,9	0,6
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	694,1	–	–	694,1	8,5
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	391,1	198,4	93,8	98,9	64,1
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	338,0	181,9	33,2	123,0	117,2
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 140,2	247,4	779,1	2 113,7	–225,4
23	–	Konsumausgaben	2 796,7	–	830,7	1 966,0	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,9	–	61,9	–
25	=	Sparen	343,5	185,5	–51,6	209,6	–225,4
26	–	geleistete Vermögenstransfers	87,1	18,3	53,0	15,7	4,3
27	+	empfangene Vermögenstransfers	74,8	32,8	16,9	25,1	16,7
28	–	Bruttoinvestitionen	859,7	489,1	97,5	273,1	–
29	+	Abschreibungen	741,6	439,4	94,0	208,2	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–1,6	–1,2	–1,3	1,0	1,6
31	=	Finanzierungssaldo	214,7	151,5	–89,9	153,1	–214,7
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 140,2	247,4	779,1	2 113,7	–225,4
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	517,5	–	517,5	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	517,5	–	–	517,5	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 140,2	247,4	261,6	2 631,2	–225,4
36	–	Konsum[3]	2 796,7	–	313,2	2 483,4	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,9	–	61,9	–
38	=	Sparen	343,5	185,5	–51,6	209,6	–225,4

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2023

in Mrd. Euro

			gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	3 610,1	2 472,6	405,4	732,1	–
2	–	Abschreibungen	789,7	471,5	101,8	216,3	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	2 820,4	2 001,0	303,6	515,8	–189,6
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 062,1	1 490,2	310,7	261,3	16,9
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	39,2	24,7	0,5	13,9	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	32,5	28,5	0,1	3,8	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	751,6	514,6	–7,4	244,4	–206,6
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 066,0	–	–	2 066,0	13,1
9	–	geleistete Subventionen	36,8	–	36,8	–	4,7
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	429,6	–	429,6	–	7,4
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	656,7	620,7	18,9	17,1	192,6
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	771,9	407,0	18,4	346,5	77,3
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 325,6	300,9	385,0	2 639,7	–306,1
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	487,2	100,8	–	386,3	12,8
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	499,4	–	499,4	–	0,6
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	828,2	–	–	828,2	4,4
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	829,4	149,9	678,6	0,9	3,3
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	731,2	74,1	656,2	0,9	0,6
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	723,1	–	–	723,1	8,7
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	397,7	205,7	96,0	96,0	67,9
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	347,5	183,6	36,0	127,9	118,1
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 280,7	253,9	846,7	2 180,2	–261,2
23	–	Konsumausgaben	2 908,1	–	842,1	2 066,0	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,9	–	62,9	–
25	=	Sparen	372,7	190,9	4,7	177,1	–261,2
26	–	geleistete Vermögenstransfers	90,0	23,5	50,3	16,2	4,5
27	+	empfangene Vermögenstransfers	77,3	33,9	17,4	26,0	17,3
28	–	Bruttoinvestitionen	901,2	517,5	98,2	285,5	–
29	+	Abschreibungen	789,7	471,5	101,8	216,3	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–1,6	–1,6	–1,3	1,3	1,6
31	=	Finanzierungssaldo	250,0	156,9	–23,2	116,4	–250,0
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 280,7	253,9	846,7	2 180,2	–261,2
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	515,7	–	515,7	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	515,7	–	–	515,7	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 280,7	253,9	331,1	2 695,8	–261,2
36	–	Konsum[3]	2 908,1	–	326,4	2 581,6	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,9	–	62,9	–
38	=	Sparen	372,7	190,9	4,7	177,1	–261,2

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A 2

VGR–Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021, 2022 und 2023

	2020	2021	2022	2023	2021		2022	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	–0,8	–0,1	0,6	0,5	–0,7	0,6	0,6	0,5
Arbeitsvolumen	–4,9	2,1	2,5	0,8	0,9	3,3	4,5	0,7
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	–4,1	2,2	2,0	0,3	1,6	2,7	3,8	0,2
Produktivität[1]	0,4	0,6	1,0	1,0	2,3	–1,0	–0,4	2,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	–4,6	2,7	3,5	1,8	3,2	2,2	4,0	3,0
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 462,6	2 579,5	2 796,7	2 908,1	1 217,8	1 361,7	1 354,5	1 442,2
private Haushalte[2]	1 708,0	1 774,3	1 966,0	2 066,0	830,3	944,0	943,7	1 022,3
Staat	754,6	805,2	830,7	842,1	387,5	417,7	410,8	419,9
Anlageinvestitionen	735,9	786,5	841,6	881,7	373,4	413,1	400,9	440,7
Bauten	380,1	417,7	454,1	472,9	196,8	220,9	219,7	234,5
Ausrüstungen	216,9	227,9	239,2	253,1	109,8	118,1	111,0	128,2
sonstige Anlageinvestitionen	138,9	141,0	148,3	155,7	66,8	74,1	70,3	78,0
Vorratsveränderung[3]	–23,7	17,4	18,1	19,5	9,8	7,5	11,0	7,1
inländische Verwendung	3 174,8	3 383,4	3 656,4	3 809,2	1 601,0	1 782,4	1 766,4	1 889,9
Außenbeitrag	192,8	179,8	162,5	189,6	109,3	70,5	91,8	70,7
Exporte	1 462,1	1 651,9	1 804,7	1 918,6	805,8	846,1	882,7	922,0
Importe	1 269,3	1 472,0	1 642,2	1 729,0	696,5	775,6	791,0	851,2
Bruttoinlandsprodukt	3 367,6	3 563,2	3 818,9	3 998,9	1 710,3	1 852,8	1 858,2	1 960,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	–1,8	4,7	8,4	4,0	2,1	7,3	11,2	5,9
private Haushalte[2]	–5,3	3,9	10,8	5,1	0,0	7,6	13,7	8,3
Staat	7,0	6,7	3,2	1,4	6,8	6,6	6,0	0,5
Anlageinvestitionen	–0,9	6,9	7,0	4,8	6,3	7,4	7,4	6,7
Bauten	4,4	9,9	8,7	4,1	5,1	14,5	11,6	6,1
Ausrüstungen	–10,0	5,1	5,0	5,8	11,8	–0,5	1,1	8,5
sonstige Anlageinvestitionen	1,4	1,5	5,2	5,0	1,4	1,6	5,1	5,3
Inländische Verwendung	–3,1	6,6	8,1	4,2	3,2	9,8	10,3	6,0
Exporte	–9,7	13,0	9,3	6,3	14,2	11,8	9,5	9,0
Importe	–10,8	16,0	11,6	5,3	11,8	20,0	13,6	9,8
Bruttoinlandsprodukt	–3,0	5,8	7,2	4,7	4,7	6,9	8,6	5,8
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Außenbeitrag	5,7	5,0	4,3	4,7	6,4	3,8	4,9	3,6
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 294,7	2 328,9	2 446,6	2 488,7	1 116,4	1 212,5	1 194,4	1 252,2
private Haushalte[2]	1 615,2	1 626,8	1 744,9	1 792,1	768,8	858,0	842,6	902,2
Staat	678,5	700,3	701,7	697,4	346,2	354,1	351,3	350,4
Anlageinvestitionen	664,4	675,7	688,8	708,4	328,3	347,4	329,2	359,5
Bauten	324,5	328,8	331,2	337,0	161,3	167,5	161,0	170,3
Ausrüstungen	207,9	214,7	221,1	231,2	103,8	110,9	102,8	118,3
sonstige Anlageinvestitionen	130,3	130,7	135,7	140,4	62,2	68,5	64,6	71,1
inländische Verwendung	2 941,5	3 020,9	3 149,1	3 212,8	1 458,4	1 562,4	1 533,1	1 616,0
Exporte	1 431,4	1 536,3	1 596,4	1 655,1	768,7	767,6	786,4	810,0
Importe	1 278,2	1 381,3	1 459,8	1 522,0	674,5	706,8	705,0	754,8
Bruttoinlandsprodukt	3 096,7	3 180,0	3 291,1	3 351,7	1 553,6	1 626,4	1 616,4	1 674,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	–3,2	1,5	5,1	1,7	0,0	2,9	7,0	3,3
private Haushalte[2]	–5,9	0,7	7,3	2,7	–1,8	3,1	9,6	5,2
Staat	3,5	3,2	0,2	–0,6	4,2	2,3	1,5	–1,0
Anlageinvestitionen	–2,2	1,7	1,9	2,9	3,7	–0,2	0,3	3,5
Bauten	2,5	1,3	0,7	1,8	1,6	1,1	–0,2	1,7
Ausrüstungen	–11,2	3,3	3,0	4,6	10,2	–2,5	–1,0	6,7
sonstige Anlageinvestitionen	1,0	0,3	3,8	3,4	0,2	0,4	3,8	3,9
inländische Verwendung	–4,0	2,7	4,2	2,0	1,2	4,1	5,1	3,4
Exporte	–9,3	7,3	3,9	3,7	11,4	3,6	2,3	5,5
Importe	–8,6	8,1	5,7	4,3	7,6	8,6	4,5	6,8
Bruttoinlandsprodukt	–4,6	2,7	3,5	1,8	3,2	2,2	4,0	3,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021, 2022 und 2023

	2020	2021	2022	2023	2021		2022	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
private Konsumausgaben[2]	0,6	3,1	3,3	2,3	1,8	4,3	3,7	3,0
Konsumausgaben des Staates	3,3	3,4	3,0	2,0	2,5	4,3	4,5	1,6
Anlageinvestitionen	1,4	5,1	5,0	1,8	2,5	7,6	7,1	3,1
Bauten	1,8	8,5	7,9	2,3	3,5	13,3	11,9	4,4
Ausrüstungen	1,3	1,7	1,9	1,1	1,5	2,0	2,1	1,7
Exporte	–0,4	5,3	5,1	2,5	2,5	8,0	7,1	3,3
Importe	–2,4	7,3	5,6	1,0	4,0	10,5	8,7	2,8
Bruttoinlandsprodukt	1,6	3,0	3,6	2,8	1,4	4,6	4,4	2,8
5. Einkommensentstehung und -verteilung								
a) Mrd. EUR								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	2 379,3	2 443,3	2 556,5	2 639,7	1 187,1	1 256,2	1 255,9	1 300,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	338,0	349,0	358,4	372,6	169,2	179,7	173,5	184,9
Bruttolöhne und -gehälter	1 514,1	1 567,9	1 638,9	1 693,3	739,0	828,8	777,3	861,6
übrige Primäreinkommen[4]	527,2	526,5	559,2	573,8	278,8	247,7	305,2	254,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	423,6	531,7	631,9	685,9	226,0	305,7	284,3	347,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 802,8	2 975,1	3 188,4	3 325,6	1 413,1	1 561,9	1 540,3	1 648,1
Abschreibungen	658,4	692,1	741,6	789,7	339,5	352,6	363,8	377,9
Bruttonationaleinkommen	3 461,3	3 667,1	3 930,0	4 115,3	1 752,6	1 914,5	1 904,0	2 026,0
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 528,2	2 689,8	2 834,5	2 932,8	1 282,6	1 407,2	1 376,5	1 458,1
Arbeitnehmerentgelt	1 852,1	1 916,8	1 997,3	2 066,0	908,3	1 008,5	950,8	1 046,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	676,1	773,0	837,2	866,8	374,3	398,7	425,7	411,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	–1,6	2,7	4,6	3,3	0,7	4,7	5,8	3,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,0	3,2	2,7	4,0	2,9	3,5	2,5	2,9
Bruttolöhne und -gehälter	–0,7	3,6	4,5	3,3	2,4	4,6	5,2	4,0
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	–0,1	3,4	3,9	2,8	2,9	3,9	4,4	3,5
übrige Primäreinkommen[4]	–6,5	–0,1	6,2	2,6	–4,7	5,6	9,4	2,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	–19,8	25,5	18,8	8,5	36,3	18,6	25,8	13,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	–4,9	6,1	7,2	4,3	5,1	7,1	9,0	5,5
Abschreibungen	3,0	5,1	7,2	6,5	3,1	7,2	7,2	7,2
Bruttonationaleinkommen	–3,5	5,9	7,2	4,7	4,7	7,1	8,6	5,8
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	–3,1	6,4	5,4	3,5	6,4	6,4	7,3	3,6
Arbeitnehmerentgelt	–0,2	3,5	4,2	3,4	2,5	4,4	4,7	3,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	–10,2	14,3	8,3	3,5	17,2	11,7	13,7	3,2
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte[2]								
a) Mrd. EUR								
Masseneinkommen	1 540,1	1 604,7	1 652,5	1 704,1	767,3	837,4	787,5	865,0
Nettolöhne und -gehälter	1 021,3	1 068,7	1 104,5	1 133,2	495,9	572,9	516,2	588,4
monetäre Sozialleistungen	659,1	678,8	694,1	723,1	342,8	336,1	342,6	351,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	140,3	142,9	146,1	152,2	71,4	71,5	71,3	74,8
übrige Primäreinkommen[4]	527,2	526,5	559,2	573,8	278,8	247,7	305,2	254,0
sonstige Transfers (Saldo)[5]	–92,1	–103,8	–98,0	–97,7	–48,5	–55,3	–49,0	–49,0
Verfügbares Einkommen	1 975,2	2 027,4	2 113,7	2 180,2	997,6	1 029,7	1 043,6	1 070,1
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	59,9	60,8	61,9	62,9	29,5	31,3	30,0	31,9
Konsumausgaben	1 708,0	1 774,3	1 966,0	2 066,0	830,3	944,0	943,7	1 022,3
Sparen	327,1	313,9	209,6	177,1	196,9	117,0	129,9	79,6
Sparquote (%)[6]	16,1	15,0	9,6	7,9	19,2	11,0	12,1	7,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Masseneinkommen	2,9	4,2	3,0	3,1	4,2	4,2	2,6	3,3
Nettolöhne und -gehälter	–0,1	4,6	3,3	2,6	3,1	6,1	4,1	2,7
monetäre Sozialleistungen	8,1	3,0	2,3	4,2	5,6	0,5	0,0	4,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,8	1,8	2,3	4,2	3,3	0,4	0,0	4,6
übrige Primäreinkommen[4]	–6,5	–0,1	6,2	2,6	–4,7	5,6	9,4	2,6
Verfügbares Einkommen	0,8	2,6	4,3	3,1	1,5	3,8	4,6	3,9
Konsumausgaben	–5,3	3,9	10,8	5,1	0,0	7,6	13,7	8,3
Sparen	49,6	–4,0	–33,2	–15,5	8,4	–19,6	–34,0	–32,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021, 2022 und 2023

	2020	2021	2022	2023	2021		2022	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates[7]								
a) Mrd. EUR								
Einnahmen								
Steuern	773,4	849,5	887,2	929,0	412,5	437,1	432,4	454,8
Nettosozialbeiträge	607,9	630,1	647,6	678,6	306,0	324,1	314,1	333,5
Vermögenseinkommen	19,8	15,1	15,7	18,4	8,1	7,0	8,6	7,1
sonstige Transfers	24,2	31,3	33,2	36,0	15,9	15,4	17,0	16,3
Vermögenstransfers	15,5	16,3	16,9	17,4	7,6	8,8	7,9	9,0
Verkäufe	125,9	131,5	136,1	140,0	61,0	70,5	63,7	72,3
sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 566,9	1 674,0	1 736,8	1 819,6	811,1	862,9	843,7	893,1
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	520,5	563,4	578,5	577,2	268,2	295,2	286,2	292,3
Arbeitnehmerentgelt	284,1	293,7	301,7	310,7	141,1	152,5	145,5	156,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,0	21,0	19,8	18,9	11,6	9,4	10,5	9,3
Subventionen	71,3	96,3	55,7	36,8	53,9	42,4	34,6	21,0
monetäre Sozialleistungen	595,1	613,8	628,1	656,2	310,5	303,4	309,8	318,3
sonstige laufende Transfers	82,5	88,9	93,8	96,0	43,2	45,7	44,8	49,0
Vermögenstransfers	48,0	54,5	53,0	50,3	20,2	34,3	20,1	33,0
Bruttoinvestitionen	90,9	90,2	97,5	98,2	39,1	51,1	42,2	55,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–1,2	–1,3	–1,3	–1,3	–0,7	–0,6	–0,7	–0,6
Insgesamt	1 712,1	1 820,5	1 826,8	1 842,8	887,2	933,4	893,1	933,7
Finanzierungssaldo	–145,2	–146,5	–89,9	–23,2	–76,1	–70,4	–49,3	–40,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	–6,5	9,8	4,4	4,7	5,6	14,1	4,8	4,1
Nettosozialbeiträge	1,6	3,6	2,8	4,8	3,6	3,7	2,7	2,9
Vermögenseinkommen	–8,9	–23,6	4,2	17,0	–32,5	–10,0	6,7	1,3
sonstige Transfers	–6,5	29,1	6,2	8,2	41,4	18,4	6,6	5,8
Vermögenstransfers	13,5	5,3	3,3	3,2	6,7	4,1	3,9	2,8
Verkäufe	–0,7	4,5	3,4	2,9	4,9	4,2	4,4	2,6
sonstige Subventionen	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	–2,9	6,8	3,8	4,8	4,7	8,9	4,0	3,5
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	7,4	8,2	2,7	–0,2	8,7	7,8	6,7	–1,0
Arbeitnehmerentgelt	4,2	3,4	2,7	3,0	3,5	3,2	3,1	2,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	–23,4	0,4	–5,9	–4,6	0,4	0,4	–9,6	–1,4
Subventionen	130,2	35,2	–42,2	–34,0	44,4	25,0	–35,8	–50,4
monetäre Sozialleistungen	8,9	3,2	2,3	4,5	6,1	0,3	–0,2	4,9
sonstige laufende Transfers	10,5	7,8	5,4	2,4	8,3	7,3	3,6	7,2
Vermögenstransfers	10,2	13,6	–2,6	–5,2	13,1	13,9	–0,5	–3,9
Bruttoinvestitionen	8,7	–0,8	8,1	0,7	–3,1	1,0	7,8	8,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	9,6	6,3	0,3	0,9	7,9	4,9	0,7	0,0
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Finanzierungssaldo des Staates	–4,3	–4,1	–2,4	–0,6	–4,4	–3,8	–2,7	–2,1

[1] Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde
[2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck
[3] Einschließlich Nettozugang an Wertsachen
[4] Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen
[5] Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers
[6] Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)
[7] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung
[8] Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2021: Prognose des IWH.

Impressum

Herausgeber:
Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion
Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.
Layout und Satz: Franziska Exß, Ingrid Dede
Tel +49 345 7753 720
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: stefanie.mueller@iwh-halle.de

Verlag:
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.
Titelbild: © Katie Moum @katiemoum,
www.unsplash.com
Konjunktur aktuell, 9. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14.12.2021
ISSN 2195-8319

Leibniz
Gemeinschaft